

Fachhochschule Potsdam  
Fachbereich Informationswissenschaften  
Studiengang Archiv (WS 2019/20)  
7. Fachsemester

---

# Überlieferung zur Migration nach 1945 im Landesarchiv Baden-Württemberg

---

Abschlussarbeit zur Erlangung des akademischen Grades  
Bachelor of Arts

**Erstgutachter:** Honorarprof. Dr. Christian Keitel  
**Zweitgutachterin:** Petra Rauschenbach  
**Bearbeitungszeitraum:** 25.11.2019 bis 03.02.2020

**Verfasserin:** Annika Ludwig  
**Matrikelnummer:** 18833



## ERKLÄRUNG

Hiermit erkläre ich, dass ich diese Abschlussarbeit selbständig verfasst habe, keine anderen als die angegebenen Quellen/Hilfsmittel verwendet habe und alle Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus veröffentlichten Schriften entnommen wurden, als solche kenntlich gemacht habe. Darüber hinaus erkläre ich, dass diese Abschlussarbeit nicht, auch nicht auszugsweise, bereits für eine andere Prüfung angefertigt wurde.

---

Ort, Datum

---

Unterschrift

# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung</b>	<b>1</b>
<b>2</b>	<b>Migration nach 1945</b>	<b>4</b>
2.1	Ende des Zweiten Weltkrieges . . . . .	4
2.2	Arbeitsmigration während des Wirtschaftswunders . . . . .	8
2.3	Nach dem Zerfall des Ostblocks . . . . .	10
<b>3</b>	<b>Überlieferung zur Migration</b>	<b>12</b>
3.1	Ministerien und Zentralbehörden, Parlamente . . . . .	12
3.2	Landesoberbehörden, Sonderbehörden, überregionale Verbände . . .	21
3.3	Mittelbehörden . . . . .	22
3.4	Untere Verwaltungsbehörden . . . . .	25
3.5	Kommunale, nichtstaatliche und sonstige Unterlagen . . . . .	27
<b>4</b>	<b>Überlieferungsbildung</b>	<b>31</b>
4.1	Bewertungsmodelle . . . . .	31
4.1.1	Bewertungsmodell allgemeine Verwaltung . . . . .	33
4.1.2	Bewertungsmodell für personenbezogene Unterlagen . . . . .	35
<b>5</b>	<b>Ausbaupotential der Überlieferung</b>	<b>39</b>
5.1	Dokumentationsprofile . . . . .	40
5.2	Ergänzungsdokumentation . . . . .	43
5.3	Migrationsarchive . . . . .	44
5.4	Sachthematische Inventare und Rechercheführer . . . . .	46
<b>6</b>	<b>Fazit</b>	<b>47</b>
	<b>Quellen</b>	<b>49</b>

# 1 Einleitung

Migration ist nicht erst seit der Flüchtlingskrise 2015 ein Thema in Politik und Medien. Die Menschen sind seit Jahrhunderten aus unterschiedlichsten Gründen in Bewegung. Die Gründe für diese auf Dauer angelegten, räumlichen Veränderungen des Lebensmittelpunktes sind vielseitig. Gegen Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg war es vor allem die Flucht der Menschen vor den herannahenden Armeen. Viele wurden aus ihrer Heimat vertrieben, sahen sich auf der Flucht Hass und Rache ausgesetzt und suchten Zuflucht im nun besiegten Deutschland.

Auch die wirtschaftliche Situation im Heimatland kann ein Auslöser sein. Viele Menschen aus industriell weniger entwickelten Regionen zieht es in der Hoffnung auf bessere Lebensbedingungen und Erwerbsmöglichkeiten in ökonomisch weiterentwickeltere Gegenden. Diese so genannte Arbeitsmigration sorgte zwischen 1955-1973 für einen starken Zuwachs an Ausländern in Deutschland, denn die deutsche Wirtschaft boomte und der Arbeitsmarkt verlangte nach Arbeitskräften, die durch Anwerbeabkommen im Ausland akquiriert wurden.

Neben der Aussicht auf bessere Lebensbedingungen und Erwerbsmöglichkeiten, der Sicherheit vor Kriegen und Verfolgung jeglicher Art (politisch, rassistisch oder religiös) kann es auch einfach die Aussicht auf eine Heirat sein, die Menschen dazu bewegt, ihre Heimat zu verlassen und ein neues Leben in einem anderen Land zu beginnen. Eine Heirat ist noch heute einer der wichtigsten Gründe für eine Migration nach Deutschland.

Ziel dieser Arbeit ist es, einen Überblick über die Abbildung der Migration nach 1945 in der Überlieferung des Landesarchivs Baden-Württemberg zu geben, die Arbeitsabläufe der Überlieferungsbildung anhand dieses Ergebnisses zu analysieren und Möglichkeiten zum Ausbau der Überlieferung zur Migration aufzuzeigen. Hierfür werden die Arbeitsabläufe der Überlieferungsbildung des Landesarchivs beschrieben und die Bewertungsmodelle vorgestellt. Der zeitliche Schwerpunkt der Arbeit liegt zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Zerfall des Ostblocks 1990. In diesem

Zeitraum erfolgten drei Phasen mit größeren Migrationsaufkommen, die als Beispiele vorgestellt werden: Die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge aus den Ostgebieten des ehemaligen Deutschen Reiches ab 1944/45, die Arbeitsmigranten<sup>1</sup> der Wirtschaftswunderzeit ab 1955 und die Spätaussiedler und Balkanflüchtlinge ab 1990. Die Unterlagen der dritten Phase werden ab diesem Jahr archivreif, soweit es sich um klassisches Behördenschriftgut mit einer regulären Aufbewahrungsfrist von 30 Jahren handelt.

Das Landesarchiv Baden-Württemberg ist als staatliches Archiv zuständig für die Unterlagen der Behörden des Landes Baden-Württemberg und dessen Vorgängerlandern. Es gibt sechs Staatsarchive in Baden-Württemberg, die die einzelnen Abteilungen des Landesarchivs bilden: das Hauptstaatsarchiv in Stuttgart, das Generallandesarchiv in Karlsruhe sowie die Staatsarchive in Ludwigsburg (mit der Außenstelle Hohenlohe-Zentralarchiv Neuenstein), Freiburg, Sigmaringen und Wertheim. Darüber hinaus gibt es seit 2012 das Grundbuchzentralarchiv in Kornwestheim, welches an die Abteilung *Archivischer Grundsatz* angegliedert ist.

Das Hauptstaatsarchiv ist das Archiv für die Ministerien des Landes Baden-Württemberg und der württembergischen Vorgängerbehörden bis 1806. Daher werden dort auch Unterlagen des Landes Württemberg-Baden aufbewahrt. Das Generallandesarchiv in Karlsruhe ist zuständig für die staatlichen Behörden im Regierungsbezirk Karlsruhe, sowie für Unterlagen geistlicher und weltlicher Territorien des Alten Reichs, das großherzogliche Familienarchiv des Hauses Baden und badische Behörden ab 1800. Die Staatsarchive in Freiburg, Sigmaringen und Ludwigsburg sind jeweils für ihren Sprengel, bestehend aus dem Regierungsbezirk, zuständig. Das Staatsarchiv Wertheim verwahrt die schriftliche Überlieferung der Grafschaft Wertheim und anderer Besitzungen der Grafen und Fürsten von Löwenstein-Wertheim. Es bildet zusammen mit dem Stadtarchiv Wertheim und dem Archiv des Main-Tauber-Kreises den Archivverbund Main-Tauber. Die Staatsarchive in Freiburg und Sigmaringen verwahren darüber hinaus auch Unterlagen

---

<sup>1</sup>Anmerkung zu geschlechterbezogener Sprache: Zur Vereinfachung wurde in der vorliegenden Arbeit nur die männliche Form "Migrant" benutzt, die an dieser Stelle natürlich auch alle Migrantinnen einschließen soll.

von Ministerien, Landtagen und Oberbehörden aus der Zeit von 1945-1952, als die Länder Baden und Württemberg-Hohenzollern noch eigenständig waren.

Für die Ermittlung der Unterlagen zur Migration in den Beständen des Landesarchivs Baden-Württemberg wurden verschiedene Recherchen durchgeführt. In einem ersten Schritt wurden die Beständeübersichten aller Abteilungen des Landesarchivs Baden-Württemberg gesichtet und eine Liste mit in Frage kommenden Bestände angelegt. Im Anschluss daran wurde anhand verschiedener Schlagwörter über das Online-Findmittelsystem beständeübergreifend recherchiert und die bestehende Beständeliste um Beispiele ergänzt. Einige Findmittel liegen zurzeit lediglich in Papierform vor. Diese wurden soweit möglich ebenfalls berücksichtigt.

## 2 Migration nach 1945

### 2.1 Ende des Zweiten Weltkrieges

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es zwischen zehn und zwölf Millionen Displaced Persons (DPs) in Deutschland, vor allem Zwangsarbeiter und Zwangsverschleppte, die vornehmlich aus den von der deutschen Wehrmacht besetzten Gebieten im Osten Europas stammten. Das oberste Ziel der Besatzungsmächte war es, alle DPs zu sammeln und in ihre Heimatländer zurück zu bringen. (Oltmer, 2016, S. 47) Allein in den ersten vier Monaten nach der deutschen Kapitulation wurden fünf Millionen DPs zurückgeführt, die Mehrzahl von ihnen ging freiwillig. Die Rückkehrbereitschaft in die vorherige Heimat ließ jedoch nach. Im Jahr 1946 kehrten nur noch 500.000 Menschen zurück. Dies lag vor allem an den territorialen Veränderungen in den Herkunftsländern, der Errichtung kommunistischer Systeme in Ostmittel- und Südosteuropa und der schwierigen wirtschaftlichen Situation vor Ort, welche mit den Kriegszerstörungen einher gingen. Viele der Flüchtlinge hatten sämtliche Angehörige verloren und ihre Heimorte waren zerstört. Auch die oftmals angeschlagene Gesundheit durch Kriegsverletzungen und traumatische Fluchterfahrungen hielten die Menschen davon ab, in ihre Heimatländer zurück zu kehren.

Durch die Resettlement-Programme der International Refugee Organization (IRO) wurde bis 1951 europaweit ca. 712.000 DPs die Auswanderung zum Beispiel in die USA (273.000), nach Australien (136.000) oder nach Kanada (83.000) ermöglicht. Diejenigen unter den Flüchtlingen, die zu alt, krank oder nicht arbeitsfähig waren, konnten jedoch nicht an diesen Programmen teilnehmen und blieben in Deutschland zurück. (Oltmer, 2016, S. 47) 1951 lebten noch etwa 150.000 DPs in Deutschland. Ab diesem Jahr übergaben die Westalliierten die Verantwortung für die Flüchtlinge an die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland. Diese erließ am 25. April 1951 ein Gesetz über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer. Das Gesetz verlieh den DPs zwar einen großzügigen Rechtsstatus, es bot jedoch keine Gleich-



stellung mit deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen. Es war auch keine erleichterte Einbürgerung vorgesehen, eben so wenig wie Entschädigungsansprüche.(Oltmer, 2016, S. 48)

Die größte Herausforderung für Nachkriegsdeutschland stellten die Heimatvertriebenen dar. Von 18 Millionen so genannten Reichsdeutschen in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa waren 14 Millionen geflüchtet bzw. vertrieben worden. Insgesamt hielten sich nach der Durchführung einer Volkszählung 1950 rund 12,5 Millionen Menschen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten in der Bundesrepublik und der DDR auf. Weitere 500.000 befanden sich in Österreich und anderen Ländern.(Oltmer, 2016, S. 50) Mit sieben Millionen kam der größte Teil von ihnen aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße, drei Millionen kamen aus der Tschechoslowakei und 1,4 Millionen aus dem Polen der Vorkriegsgrenzen. Eine halbe Million Deutsche hatten Flucht, Vertreibung oder Deportation nicht überlebt. (Oltmer, 2016, S. 50) Grund hierfür waren die katastrophalen Fluchtbedingungen im Winter, Plünderungen und Angriffe der Roten Armee auf die Flüchtlingstrecken und Massenvergewaltigungen.

Die Alliierten hatten auf den Konferenzen von Teheran 1943 und Jalta Anfang 1945 beschlossen, sämtliche Deutsche aus den Ostgebieten umzusiedeln. Auf der Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945 beschlossen die USA, das Vereinigte Königreich und die UdSSR die ordnungsgemäße und humane Überführung deutscher Bevölkerungsteile aus den ehemaligen Ostgebieten.<sup>1</sup> Die deutsche Bevölkerung sollte vollständig umgesiedelt werden, um einheitliche Nationen zu schaffen und das Konfliktpotential, vor allem bei deutschen Minderheiten in Ostmitteleuropa, zu beseitigen.(Beer, 2009, S. 8–9) Mehr als zwölf Millionen Deutsche waren von dem Beschluss betroffen. Die Folgen waren Entwurzelung und Heimatlosigkeit. Hunderttausende waren ums Leben gekommen. 4,5 Millionen Deutsche kamen in die sowjetische Besatzungszone, rund acht Millionen in die westlichen Besatzungszonen. In den Jahren 1946 und 1947 gelangten durch Massentrans-

---

<sup>1</sup>Artikel XIII des so genannten Potsdamer Abkommens, veröffentlicht in einem Kommuniqué am 2. August 1945 nach Ende der Potsdamer Konferenz.

porte weitere 2,5 Millionen Deutsche in die vier Besatzungszonen.

Die Verteilung auf die vier Besatzungszonen erfolgte sehr ungleichmäßig, die Vertriebenen verteilten sich 1947 vor allem auf die sowjetische (24,3 %), die amerikanische (17,7 %) und die britische Besatzungszone (14,5 %). Die französischen Besatzungsbehörden weigerten sich zunächst, Heimatvertriebene aufzunehmen, da Frankreich nicht an der Potsdamer Konferenz teilgenommen hatte. (Oltmer, 2016, S. 52) Die französische Militärregierung befürchtete auch eine wirtschaftliche und politische Destabilisierung, weshalb die Länder Baden und Württemberg-Hohenzollern zunächst keine Heimatvertriebenen aufnehmen durften. In Baden wurden von der Regierung Wohleb 1947 dennoch vorsorglich Kreisstellen für das Flüchtlingswesen bei den Landratsämtern und eine Landesstelle für das Flüchtlingswesen in Freiburg im Breisgau eingerichtet. Eine Niederlassung von Flüchtlingen war im Land Baden jedoch nur nach Genehmigung durch die französische Militärregierung möglich. So nahm die amerikanische Zone, also das Land Württemberg-Baden den Großteil der Flüchtlinge im Südwesten auf.

Um die Entstehung einer Minorität zu verhindern, erlaubte die amerikanische Militärregierung eine längerfristige Lagerunterbringung der Heimatvertriebenen nicht. Umso rigorosere setzten die Behörden in den amerikanischen Besatzungszonen die Zwangseinweisungen in Privathaushalte der Ortsansässigen durch, so auch in Württemberg-Baden. (Grosser, 2006, S. 36) Die Zwangszuwanderer sollten flächendeckend über das ganze Land verteilt werden, die Hauptlast trugen die Landkreise außerhalb der Ballungsräume, die häufig strukturschwach und ländlich geprägt waren. (Grosser, 2006, S. 37) Im badischen Landesteil wurden 18 % in den Stadtkreisen untergebracht (vor allem Karlsruhe und Heidelberg), in Nordwürttemberg dagegen nur knapp 5 %. Rund 92,5 % der Vertriebenen wurden durch Zwangseinweisung in Privatwohnungen untergebracht, nur 8,5 % in Notwohnungen oder Lagern. (Grosser, 2006, S. 268) Verfolgte des NS-Regimes wurden bei der Wohnraumzuteilung bevorzugt behandelt, nachgefolgt von kinderreichen Familien, älteren Personen und Körperbehinderten. (Grosser, 2006, S. 248)

Erst durch die fünf Umsiedlungsprogramme der Bundesregierung zwischen 1949 und dem Ende der 1950er Jahre wurde die Verteilung der Heimatvertriebenen ausgeglichen. Nun nahmen auch die Länder Baden und Württemberg-Hohenzollern größere Kontingente an Heimatvertriebenen auf. Durch den Länderflüchtlingsausgleich stieg ihre Anzahl in Baden auf 98.000 (7,3 % der Gesamtbevölkerung) und in Württemberg-Hohenzollern auf 115.000 (9,8 % der Gesamtbevölkerung). (Grosser, 2006, S. 41) Die von staatlichen Behörden geleiteten Umsiedlungen der Heimatvertriebenen werden auch als Sekundärmigration bezeichnet. Rund eine Million Flüchtlinge wurden von den Hauptaufnahmeländern, wie zum Beispiel Niedersachsen, in die unterdurchschnittlich belegten Länder der ehemaligen französischen Besatzungszone sowie nach Nordrhein-Westfalen umgesiedelt. (Grosser, 2006, S. 42) 1,7 Millionen Flüchtlinge siedelten ohne staatliche Unterstützung um, meist war eine Familienzusammenführung der Grund. (Oltmer, 2016, S. 53) Die wirtschaftlich leistungsfähigen Regionen entwickelten eine große Sogkraft, aufgrund der Arbeit, die dort gefunden werden konnte. (Grosser, 2006, S. 42)

Doch nicht nur die Heimatvertriebenen mussten in der jungen Bundesrepublik untergebracht und versorgt werden. Auch aus der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) kamen Flüchtlinge nach Westdeutschland. Sie wurden in der Bundesrepublik als politische Flüchtlinge anerkannt und hatten dadurch die gleichen Unterbringungs- und Versorgungsansprüche wie die Heimatvertriebenen. Bei den meisten handelte es sich um Personen, die ursprünglich in den deutschen Ostgebieten beheimatet waren. Die Volkszählung in Baden-Württemberg 1960 ergab, dass sich über 1,2 Millionen Menschen mit Bundesvertriebenenausweis im Land befanden, davon war rund ein Viertel aus der SBZ in den Südwesten gekommen. (Grosser, 2006, S. 49–50) Diese Vertriebenen wurden nach einer Übergangsphase in Landesdurchgangslagern oder Massenunterkünften auf die Regierungsbezirke verteilt und dort in Sozialwohnungen eingewiesen.

Der Südwesten Deutschlands wurde von der Zuwanderung der Heimatvertriebenen nach dem zweiten Weltkrieg entscheidend geprägt. Vor allem die Flüchtlinge aus dem wirtschaftlich hoch entwickelten Sudetenland und

Schlesien gründeten hier viele kleinere und mittlere Betriebe mit qualifizierten Angestellten.(Meier-Braun und Weber, 2009, S. 106)

## 2.2 Arbeitsmigration während des Wirtschaftswunders

Mit der massiven Ausweitung des Außenhandels in der Bundesrepublik zu Beginn der 1950er Jahre begann das deutsche Wirtschaftswunder. Anfangs wurde der aufkommende Arbeitskräftemangel durch die Zuwanderung aus der DDR gedeckt. Bis zum Mauerbau 1961 waren insgesamt 3,1 Millionen Deutsche von Ost nach West gezogen (500.000 von West nach Ost).(Oltmer, 2016, S. 56) Doch irgendwann konnte der Bedarf an Arbeitskräften nicht mehr gedeckt werden, die Unternehmen erwarteten Produktionerschwernisse durch den Arbeitskräftemangel. Um dagegen zu steuern, schloss die Bundesrepublik zwischen 1955 und 1968 Anwerbeabkommen mit einigen Anrainerstaaten des Mittelmeeres ab: Italien (1955), Spanien und Griechenland (1960), Türkei (1961), Marokko (1963), Portugal (1964), Tunesien (1965) und Jugoslawien (1968). Die Abkommen mit Marokko und Tunesien blieben weitestgehend wirkungslos.(Oltmer, 2016, S. 56)

Diese Anwerbeabkommen regelten die Vermittlung der ausländischen Arbeitskräfte vor allem über so genannte Anwerbekommissionen. Das Rekrutierungsverfahren der Arbeitskräfte über die Anwerbekommissionen dauerte teilweise vier bis sechs Monate und der Zielort, der Beschäftigungsbereich und der Arbeitgeber konnten nicht selbst gewählt werden. Lag ein Angebot aus einem deutschen Unternehmen vor, so konnte ein Arbeitnehmer mit diesem Angebot bei einem deutschen Konsulat vorstellig werden und erhielt auf diese Weise ein Visum. Die dritte Möglichkeit der Arbeitsmigration in das Wirtschaftswunderland war, mit einem Touristenvisum einzureisen und vor Ort mit einem Arbeitsvertrag in der Hand eine Genehmigung für Aufenthalt und Arbeit zu beantragen.(Oltmer, 2016, S. 56–57)

In den Jahren 1961 bis 1973 wuchs die ausländische Erwerbsbevölkerung, auch als Gastarbeiter bezeichnet, in Deutschland von ca. 500.000 auf rund 2,6 Millionen an. Bis 1970 bildeten die Italiener die größte Gruppe der

Arbeitsmigranten, danach wurden sie von den Türken abgelöst. Im Spitzenjahr 1970 vermittelten die Anwerbekommissionen 322.600 Arbeitskräfte nach Deutschland.(Oltmer, 2016, S. 56)

Der Einsatz der ausländischen Arbeitskräfte erfolgte vor allem in der industriellen Produktion, in Tätigkeiten mit hoher körperlicher Belastung und zu schlechten Lohnbedingungen. Während die Männer vorwiegend im Maschinenbau, der Autoindustrie und dem Baugewerbe tätig waren, bildete die Textil- und Bekleidungsindustrie sowie die Nahrungs- und Genussmittelindustrie den Hauptarbeitsbereich der weiblichen Migranten.(Oltmer, 2016, S. 58) Viele Deutsche schafften zwischen 1960 und 1970 den beruflichen Aufstieg, da viele der einfachen Arbeiten nun von den ausländischen Arbeitskräften geleistet wurden.(Meier-Braun und Weber, 2009, S. 116)

Auch in Baden-Württemberg gab es viele Arbeitsmigranten, sie machten einen Großteil des Bevölkerungswachstums von 7,8 Millionen zum Zeitpunkt der Volkszählung 1961 und 9,2 Millionen im Jahr des Anwerbestopps 1973 aus.(Haus des Dokumentarfilms, 2020)Vor allem Heimweh, eine schlechte Unterbringung, Sprachprobleme, aber auch das fremde Essen bereiteten den Arbeitsmigranten häufig Probleme im Alltag. 1960 veröffentlichte das Landesarbeitsamt Baden-Württemberg sogar eine Pressemitteilung mit dem Titel „Wie kocht man Spaghetti für Italiener?“(Meier-Braun und Weber, 2009, S. 123) Es gab eigene Hörfunksendungen für die Gastarbeiter, die Kirche stand mit Rat und Tat zur Seite, es gab eine gute Vernetzung innerhalb der einzelnen Gruppen. Zu Weihnachten fuhren zahlreiche Sonderzüge zurück in die Heimatländer.(Meier-Braun und Weber, 2019, S. 81–82)

Zwischen 1955 und 1973 kamen rund 14 Millionen Arbeitsmigranten nach Deutschland. Im selben Zeitraum kehrten allerdings auch elf Millionen wieder in ihre Heimatländer zurück.(Meier-Braun und Weber, 2009, S. 117) Die zunehmende Rationalisierung und Automatisierung der alten Industrie (Eisen, Stahl, Textil, Bergbau) in den frühen 1970er Jahren ließ die Nachfrage nach ungelernten Beschäftigten rasch wieder abfallen. Daher wurde 1973 der Anwerbestopp durch die Bundesrepublik verfügt. Viele der Migranten blieben jedoch in Deutschland und zogen es nicht in Betracht, in

ihre Heimatländer zurückzukehren.(Oltmer, 2016, S. 58–60)

### **2.3 Nach dem Zerfall des Ostblocks**

Nach der Öffnung des Eisernen Vorhangs wandelten sich die europäischen und die deutschen Migrationsverhältnisse noch einmal grundlegend. Deutschland wurde zu einem wesentlichen Ziel und zur zentralen Durchgangsstation für die Ost-West-Migration.(Oltmer, 2016, S. 63–64) Arbeitskräfte, Aussiedler und jüdische Kontingentflüchtlinge strömten gen Westen.

Die Aussiedler als Nachfahren von Deutschen, die seit dem 17. Jahrhundert ihre Heimat verließen, um sich als Bauern und Handwerker in Ostmitteleuropa, sowie Ost- und Südosteuropa anzusiedeln, bilden die drittstärkste Migrationsbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und eine der größten Zuwanderungsgruppen in Baden-Württemberg.(Meier-Braun und Weber, 2019, S. 46) Die Zuwanderung der Aussiedler kann eher als Rückwanderung denn als Einwanderung verstanden werden.(Oltmer, 2016, S. 65) Gründe für die Rückkehr in das Land der Vorfahren war bei vielen die Aussicht auf höhere Lebensqualität und Erwerbsmöglichkeiten, da die Wirtschaft nach dem Zerfall der UdSSR brach lag.

Seit der Gründung Baden-Württembergs 1952 waren etwa 470.000 Aussiedler aus Ost- und Südosteuropa eingewandert. Die größte Gruppe der Aussiedler bilden seit 1990 die Russlanddeutschen.(Meier-Braun und Weber, 2009, S. 144) Zwischen 1950 und 2015 reisten 4,5 Millionen Aussiedler nach Deutschland ein, davon kamen die meisten aus der UdSSR bzw. deren Nachfolgestaaten (2,5 Millionen) und Polen (1,4 Millionen). Rumänien (430.000), die Tschechoslowakei (105.000) und Jugoslawien (90.000) folgen.(Oltmer, 2016, S. 66) Die meisten Aussiedler kamen 1990 nach Deutschland, insgesamt 397.000. Im Grundgesetz wird den Aussiedlern die Aufnahme in der Bundesrepublik als deutsche Staatsangehörige zugesichert.(Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, 2020) Sie sind bis heute gegenüber allen anderen Zuwanderern privilegiert. Aussiedler, die ab dem 1. Januar 1993 nach Deutschland eingereist sind, werden als Spätaussiedler

bezeichnet.

Die 1990er Jahre wurden auch von der Zuwanderung von Juden aus den Nachfolgestaaten der UdSSR geprägt. Diese Zuwanderung erfolgte erst in die DDR und später dann in die Bundesrepublik. Hier wurden die Juden wie Kontingentflüchtlinge aufgenommen.(Oltmer, 2016, S. 67) Nach einem Beschluss der Innenministerkonferenz 1991 wurde festgelegt, dass sie kein Asyl- und auch kein sonstiges Anerkennungsverfahren durchlaufen mussten, sondern mit ihrer Ankunft sofort eine Aufenthaltserlaubnis aus *humanitären Gründen* erhielten.

Nach dem Zerfall des Vielvölkerstaates Jugoslawien tobten über Jahre Kriege auf dem Balkan. Ein großer Teil der Menschen floh vor den Kriegen nach Westeuropa, knapp 350.000 kamen nach Deutschland.(Beer, 2002, S. 3) Baden-Württemberg war neben Nordrhein-Westfalen und Bayern Hauptaufnahmeland der Kriegsflüchtlinge aus den Balkanländern. Mit dem Ende des Krieges leitete die Bundesrepublik jedoch sofort Rückführungsmaßnahmen ein, da der Balkan als befriedet und somit als sicheres Herkunftsland galt.

### **3 Überlieferung zur Migration**

Vor allem in den Bereichen der inneren Verwaltung, Arbeit, Soziales und Wirtschaft sowie auch in der Finanzverwaltung, der Justiz und in der Landwirtschaftsverwaltung entstanden Akten, welche die Eingliederung neuer Bürger betrafen. Daneben sind es natürlich vor allem die Behörden, die sich hauptsächlich mit der Migration befassen, welche besonders viele Unterlagen zum Thema produziert haben, beispielsweise das Ministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, welches von 1952 bis 1976 in Baden-Württemberg bestand und sich vor allem mit den Belangen der Heimatvertriebenen befasste. Heute sind die Abteilungen 8 und 9 des Regierungspräsidiums Karlsruhe landesweit für das Asylwesen und Spätaussiedler zuständig. (Regierungspräsidium Karlsruhe, 2020)

Für die Recherche in den Online-Findmitteln des Landesarchivs Baden-Württemberg wurden die Aktentitel mit verschiedenen Schlagworten durchsucht. Diese waren u. a.: Heimatvertriebene, Flüchtlinge, Umsiedlung, Migration, Gastarbeiter und Aussiedler. Der Zeitraum der Unterlagen wurde in der Suche auf Dokumente ab 1945 eingeschränkt. Um die Zuordnung der Signaturen zu den jeweiligen Archivabteilungen zu erleichtern, wurden falls nötig folgende Kürzel ergänzt: StAF (Staatsarchiv Freiburg), GLAK (Generallandesarchiv Karlsruhe), StAL (Staatsarchiv Ludwigsburg), StAS (Staatsarchiv Sigmaringen), HStAS (Hauptstaatsarchiv Stuttgart), StAW (Staatsarchiv Wertheim) und HZAN (Hohenlohe-Zentralarchiv Neuenstein).

#### **3.1 Ministerien und Zentralbehörden, Parlamente**

Die Ministerien bilden die höchste Instanz der Landesverwaltung. Sie schaffen die Rechtsgrundlagen für die Migration in den deutschen Südwesten und erarbeiten Verordnungen und Förderprogramme, die durch die untergeordneten Behörden umgesetzt werden. Vor der Gründung des Landes Baden-Württemberg 1952 gab es auf dem heutigen Gebiet des Bundeslandes drei Länder, die in zwei Besatzungszonen lagen: Baden und Württemberg-Ho-



henzollern in der französischen Besatzungszone und Württemberg-Baden in der amerikanischen Besatzungszone. Daher finden sich Ministerialunterlagen vorwiegend in den Beständen des Hauptstaatsarchivs Stuttgart (Land Württemberg-Baden und Land Baden-Württemberg ab 1952), im Staatsarchiv Freiburg (Land Baden bis 1952) und im Staatsarchiv Sigmaringen (Land Württemberg-Hohenzollern bis 1952).

In der Tektonik des Hauptstaatsarchivs befinden sich vor allem in den EA-Beständen (Ministerien und zentrale Dienststellen seit 1945) viele Dokumente zur Migration. Die Bestände des Staatsministeriums (Beständegruppe EA 1) enthalten Unterlagen zu Bevölkerungsstatistik, Aufenthaltsregelungen, Wohnungsbau und Siedlungswesen, Integration, Schulbildung, Finanzierung und Kulturförderung. Unterlagen, die überwiegend vor 1952 begonnen wurden, sind im Staatsministerium Württemberg-Baden entstanden, alle nachfolgenden dann im Staatsministerium des Landes Baden-Württemberg.

Zum Staatsministerium Württemberg-Baden gehörten verschiedene Institutionen, es gab zum Beispiel einen Bausenat (Bestand EA 1/011, Staatsministerium: Bausenat), der sich mit dem Wohnungsbau für Flüchtlinge befasste. So findet sich z. B. unter der Signatur EA 1/011 Bü 95 eine Akte über den Flüchtlingswohnungsbau mit einer Laufzeit von 1946-1948.

Die Vertretung von Württemberg-Baden beim Länderrat, einem zwischen 1945 und 1949 bestehenden länderübergreifenden Koordinierungsgremium des amerikanischen Besatzungsgebietes, war ebenfalls beim Staatsministerium angesiedelt. Die Unterlagen befinden sich im Bestand EA 1/014 (Staatsministerium: Vertretung von Württemberg-Baden beim Länderrat). Im Länderrat gab es viele Ausschüsse, die sich mit den Flüchtlingen und Heimatvertriebenen befassten, so etwa der Ausschuss für Flüchtlingswesen, Bauwesen oder Wohlfahrtswesen. Unterlagen zu Flüchtlingen finden sich auch in den Protokollen des Länderrats. Dieser befasste sich unter anderem mit der Auswanderungsförderung von Heimatvertriebenen und mit der Anerkennung von Berufsabschlüssen von Flüchtlingen, beispielsweise der Approbationen

von Ärzten.<sup>1</sup>

Im Bestand EA 1/015 (Staatsministerium: Vertretung von Württemberg-Baden bei der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebiets in Frankfurt am Main) finden sich hauptsächlich Unterlagen, die den Lastenausgleich betreffen. Dieser sollte Flüchtlinge und Vertriebene bei der Eingliederung unterstützen und für erlittene Vermögensverluste entschädigen. Die Abteilung Vereinigtes Wirtschaftsgebiet bzw. trizonale Angelegenheiten des Staatsministeriums (Bestand EA 1/016) befasste sich neben dem Lastenausgleich auch mit der Verteilung der Flüchtlinge und Vertriebenen sowie mit deren Unterbringung, finanzieller Unterstützung und Hilfe bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Das badische Pendant hierzu bildete die Verbindungsstelle beim bizonalen Wirtschaftsrat in Frankfurt, deren Unterlagen unter der Bestandssignatur C 8/1 (Verbindungsstelle beim bizonalen Wirtschaftsrat in Frankfurt) im Staatsarchiv Freiburg verwahrt werden. Ein Hinweis auf eine ähnliche Institution im Land Württemberg-Hohenzollern konnte der Tektonik des Staatsarchivs Sigmaringen nicht entnommen werden.

Im Bestand EA 1/101 (Staatsministerium: Urschriften von Gesetzen, Verordnungen etc.) können die rechtlichen Grundlagen des Landes Württemberg-Baden für die Eingliederung von Migranten nachgelesen werden. Deren Entstehungsprozess kann auch in den Protokollen des Ministerrats nachvollzogen werden (Bestand EA 1/105, Staatsministerium: Protokolle des Ministerrats). Die Bestände EA 1/106 (Staatsministerium: Pressestelle) und EA 1/107 (Staatsministerium: Zeitungsdokumentation) enthalten Zeitungsausschnitte zu Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Arbeitsmigranten, darüber hinaus jedoch keine weiteren Dokumente. Unterlagen des Staatsministeriums zur Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen und Vertriebenen werden im Bestand EA 1/920 (Staatsministerium: Ablieferungen 1964/65, 1969) verwahrt.<sup>2</sup>

Im Land Baden gab es von 1949 bis 1952 die Badische Staatskanzlei, die ähnliche Unterlagen bildete, wie das Staatsministerium des Landes Würt-

---

<sup>1</sup>Beispiele: EA 1/014 Bü 462 (Auswanderungsförderung) und EA 1/014 Bü 477 (Approbationen von Ärzten).

<sup>2</sup>Beispiele: EA 1/920 Bü 667-671.

temberg-Baden. Die Unterlagen der Badischen Staatskanzlei befinden sich in den Beständen C 5/1 und C 5/2 im Staatsarchiv Freiburg. Dokumente zur Migration von Heimatvertriebenen befinden sich im Bestand C 5/1, beispielsweise über die Beschaffung von Hausrat für die Heimatvertriebenen (Nr. 176) oder über die Umsiedlung größerer Gruppen aus Niedersachsen nach Baden (Nr. 6956). Die Staatskanzlei Württemberg-Hohenzollern (Bestand Wü 2 T 1 im Staatsarchiv Sigmaringen) war das Pendant im Land Württemberg-Hohenzollern. Auch sie bildete Unterlagen über das Flüchtlingswesen (Nr. 1464 und 1466).

In den Unterlagen der Innenministerien geht es vor allem um die Betreuung und Eingliederung der Migranten, die Schaffung von Wohnraum und Unterstützung der Neubürger bei der Integration in den Arbeitsmarkt sowie auch die kulturelle Förderung und Gleichstellung der Einwanderer. Im Bestand EA 2/007 (HStAS, Innenministerium, Abteilung Sozialwesen) gibt es Akten über Flüchtlingsaltenheime (Bü 2541/2) oder zur Durchführung einer Neubürgermesse 1947 (Bü 2541a) und im Bestand EA 2/008 (Innenministerium, Abteilung Sozialwesen) über die Versorgung von Heimatvertriebenen mit Hausrat (Bü 2543). In der Abteilung Gesundheitswesen (Bestand EA 2/012) befinden sich Monatsberichte des Ministeriums an die Militärregierung, in denen auch die Migration der Flüchtlinge und Vertriebenen Erwähnung findet (Bü 755). (Beer, 1994, S. 39)

Darüber hinaus enthalten auch die Akten der Abteilung III des Innenministeriums, Landespolizeipräsidium (Bestand EA 2/3), zahlreiche Dokumente von Einwanderern, vor allem im Bereich des Meldewesens.<sup>3</sup> Es finden sich darüber hinaus Unterlagen über die Lizenzierung von Vereinen oder den Betrieb von Gaststätten durch Ausländer (diese Akten stammen vor allem aus der Zeit der Arbeitsmigranten).

Die Abteilung V des Innenministeriums befasste sich mit dem Wohnungsbau und dem Siedlungswesen. In den Beständen EA 2/501, EA 2/502, EA 2/503 und EA 2/504 (alle: Innenministerium, Abteilung V: Baurecht, Städtebau, Wohnungswesen) gibt es Unterlagen zur Verteilung von Baustof-

---

<sup>3</sup>Beispiele: EA 2/303 Bü 99-100.

fen für Flüchtlingsunterkünfte und deren Errichtung, dem Wohnungsbau für Heimatvertriebene, zum Flüchtlingssiedlungsgesetz und zum Bodenreformgesetz. Der Bestand EA 2/801 (Innenministerium Württemberg-Baden, Staatsbeauftragter für das Flüchtlingswesen) enthält Unterlagen zu Heimatvertriebenen und Flüchtlingen in Nordbaden und Nordwürttemberg, z. B. zu Organisationen der Heimatvertriebenen, zur Umsiedlung innerhalb der Westzonen bzw. der Bundesrepublik, zu Pensions- und Rentenansprüchen, aber auch zu Kulturveranstaltungen, Spenden und seelsorgerischer Betreuung der Betroffenen.

Die Abteilung VIII des Innenministeriums, zuständig für Eingliederung und Lastenausgleich, befasste sich bis zur Bildung des Ministeriums für Flüchtlinge, Vertriebene und Kriegsgeschädigte mit den Heimatvertriebenen. Diese Unterlagen befinden sich in den Beständen EA 2/803 (Innenministerium, Abteilung VIII: Eingliederung und Lastenausgleich: Kreditanträge und -beratungen für Vertriebene, Flüchtlinge und Sachgeschädigte, Einzelfälle) und EA 2/804 (Innenministerium, Abteilung VIII: Eingliederung und Lastenausgleich: Eingliederung des heimatvertriebenen Landvolks, Einzelfälle). Nach der Auflösung des Ministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte 1976 übernahm die Abteilung VIII diese Aufgaben wieder. Es wurden Unterlagen zum Ausländer- und Aussiedlerrecht übernommen, allerdings liegen hier nur Einzelfallakten von Personen vor, deren Nachnamen mit D, O oder T beginnen.<sup>4</sup> Unterlagen des Innenministeriums zu den Spätaussiedlern finden sich in den Beständen EA 2/815 und EA 2/816 (Innenministerium: Einbürgerungen).

Die Unterlagen des Badischen Ministeriums des Innern (Bestände C 15/1 bis C 18/1) im Staatsarchiv Freiburg ähneln den im Hauptstaatsarchiv Stuttgart vorliegenden Unterlagen, es geht um die Schaffung gesetzlicher Grundlagen, um die Unterbringung und den damit verbundenen Wohnungsbau für die Flüchtlinge.<sup>5</sup> Auch in Württemberg-Hohenzollern gab es ein Innenministerium, die Unterlagen werden im Bestand StAS Wü 40 verwahrt, der

---

<sup>4</sup>Der Bestand EA 2/813 hat eine Laufzeit von 1985-2002, ein Findmittel ist jedoch nicht vorhanden.

<sup>5</sup>Beispiel: StAF C 15/1 Nr. 369.

Inhalt ähnelt sich. Es gibt Dokumente zur Unterbringung und Verteilung von Flüchtlingen, zur Einrichtung von Lagern und zum Wohnungsbau, sowie um Sonderbauprogramme für Heimatvertriebene (Nr. 355-356).

In den Unterlagen der Kultusministerien befinden sich ebenfalls Dokumente über Migranten, hier vor allem über den Umgang mit eingewanderten Schülern, der Durchführung des Unterrichts in den Flüchtlingslagern oder der Anerkennung von Aussiedlerlehrern. Im Hauptstaatsarchiv werden diese Unterlagen im Bestand EA 3/601 (Kultusministerium: Allgemeinbildendes Schulwesen) bzw. EA 3/609 (Kultusministerium: Allgemeinbildendes Schulwesen: Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen) verwahrt. Im Staatsarchiv Freiburg bilden die Akten dieses Ministeriums die Bestände C 25/1, C 25/2 und C 25/3. Akten über die Beschäftigung von heimatvertriebenen Hochschullehrern (C 25/3 Nr. 803) oder über die kulturelle Förderung der heimatvertriebenen Deutschen in Baden (C 25/1 Nr. 203) können für den Nutzer von Interesse sein. Im Staatsarchiv Sigmaringen werden die Unterlagen des Kultusministeriums unter der Signatur Wü 80 T 1-2 und Wü 80 T 3 verwahrt. Aussagekräftige Unterlagen zu Heimatvertriebenen finden sich in diesen Beständen nach einer Recherche im Online-Findmittel jedoch nicht.

Die Justizministerien bildeten auch Unterlagen, die Migranten betreffen. Im Hauptstaatsarchiv befindet sich im Bestand EA 4/001 (Justizministerium: Generalakten) eine Akte, die sich mit der Richteramtsbefähigung umgesiedelter heimatvertriebener Juristen befasst (Bü 50). Das Justizministerium Württemberg-Baden unterhielt auch eine Außenstelle in Karlsruhe (GLAK Bestand 537 Zugang 1985-37), bei der sich Akten zur Berufsfürsorge für heimatvertriebene Justizbedienstete finden (Nr. 43, 71 und 72). In den Unterlagen des Badischen Justizministeriums (StAF C 20/1) gibt es ebenfalls Akten, die sich mit der Beschäftigung von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen auseinandersetzen (Nr. 132) und mit deren Richteramtsbefähigung (Nr. 241). Das Justizministerium Württemberg-Hohenzollern im Staatsarchiv Sigmaringen (Bestände Wü 25 T 1 und 2) verfügt über ähnliche Unterlagen, auch hier lassen sich wohl vor allem in den Akten zu Rechts- und Dienstverhältnissen der Beamten und Angestellten Hinweise auf Migranten

finden.

Das Finanzministerium Württemberg-Baden beschäftigte sich mit dem Etat des Ministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Signatur der Akte: HStAS EA 5/001 Bü 490) und hat vor allem Akten über die Flüchtlingsfürsorge, den Flüchtlingswohnungsbau und Soforthilfen im Rahmen des Lastenausgleichs geführt. Das badische Finanzministerium (StAF Bestand C 20/1) bildete Akten über die finanzielle Unterstützung der Kirchen, die auch einen großen Anteil an der Betreuung und Unterbringung der Heimatvertriebenen leisteten (Nr. 1385). Das württemberg-hohenzollerische Pendant (StAS Bestand Wü 120) befasste sich darüber hinaus mit Existenzgründungsdarlehen und Zuschüssen an Heimatvertriebene (Wü 120 T 1 Nr. 1512).

Die Wirtschaftsministerien bildeten beispielsweise Unterlagen im Bereich der Gewerbeförderung und der Zulassung von Betrieben von Flüchtlingen. Diese befinden sich im Hauptstaatsarchiv in der Beständegruppe EA 6.<sup>6</sup> Im Bestand EA 6/304 (Wirtschaftsministerium: Gewerberecht und wirtschaftliches Organisationswesen) gibt es z. B. Unterlagen, die sich mit der Berufsausbildung und der Anerkennung von Prüfungszeugnissen von Aussiedlern befassen.<sup>7</sup> Im Staatsarchiv Freiburg finden sich in den Beständen des badischen Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit (C 36/1, C 37/1 und C 38/1) darüber hinaus Unterlagen zur wirtschaftlichen Integration der Heimatvertriebenen (C 37/1 Nr. 327/1-2), aber auch zur Auswanderung Heimatvertriebener in die USA und andere Länder (C 38/1 Nr. 603) oder über internationale Arbeitsbeziehungen (C 38/1 Nr. 333). In den Unterlagen des Wirtschaftsministeriums Württemberg-Hohenzollern (StAS Wü 140 T3) gibt es Unterlagen über Betriebsdarlehen nach dem Soforthilfegesetz, welche die wirtschaftliche Integration der Vertriebenen unterstützen sollten.

Im Bereich des Arbeits- und Sozialministeriums (Beständegruppe EA 8 im Hauptstaatsarchiv) finden sich Unterlagen über das Fürsorgewesen, die

---

<sup>6</sup>Bestände EA 6/001, EA 6/002, EA 6/101, EA 6/301, EA 6/304, EA 6/309 und EA 6/403.

<sup>7</sup>Beispiele: EA 6/304 Bü 921/1 und 921/2.

Zahlung von Renten und Arbeitseinsätzen in den Flüchtlingslagern Baden-Württembergs. Neben der Bereitstellung von Unterkünften für die ausländischen Arbeiter befasste sich das Arbeitsministerium mit deren Berufs- und Sprachförderung.<sup>8</sup> Das Staatsarchiv Sigmaringen verwahrt im Bestand Wü 180 T 1 ebenfalls Unterlagen zu Arbeitseinsätzen von Flüchtlingen in den Lagern sowie deren Versicherung (Nr. 305). Das Sozialministerium befasste sich beispielsweise mit der sozialen Integration der Gastarbeiter, es gab Unterkommissionen für soziale Gastarbeiterfragen, an der das Sozialministerium beteiligt war.<sup>9</sup> Es wurden Hilfen für Spätaussiedler bereitgestellt und das Sozialministerium war auch für deren gesundheitliche Überwachung verantwortlich.<sup>10</sup>

Eine der Hauptaufgaben der Landwirtschaftsministerien war die Umsetzung der Siedlungsprogramme, die vor allem Flüchtlinge und Heimatvertriebene betrafen. Im Hauptstaatsarchiv befinden sich diese Unterlagen in der Beständegruppe EA 7, vor allem im Bestand EA 7/401 (Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Umwelt, Abteilung IV: Agrarordnung, Ländlicher Raum). Im Staatsarchiv Freiburg befinden sich im Bestand C 40/1 (Badisches Ministerium der Ernährung und Landwirtschaft, Abteilung I) Akten über die Ansiedlung der Vertriebenen sowie über eine Durchführungsverordnung zum Gesetz zur Förderung der Eingliederung von Heimatvertriebenen in die Landwirtschaft (Nr. 420). Das Landwirtschaftsministerium Württemberg-Hohenzollern (StAS Bestand Wü 150) hat ähnliche Unterlagen gebildet sowie auch zum Lastenausgleich oder zur Gewährung von Siedlungsdarlehen (Wü 150 T 1 Nr. 180).

Auch die Vertretung des Landes Württemberg-Baden und später Baden-Württembergs beim Bund (Bestand EA 9/101) befasste sich mit den Heimatvertriebenen. Hierbei ging es meist um die allgemeine Durchführung und Umsetzung von Gesetzen, den Lastenausgleich, die Soforthilfe und die Umsiedlung der Flüchtlinge. Die Unterlagen der Vertretung des Landes Baden beim Bund werden im Bestand C 7/1 des Staatsarchivs Freiburg verwahrt,

---

<sup>8</sup>Beispiele: HStAS EA 8/201 Bü 671 und 673.

<sup>9</sup>Beispiele: HStAS EA 8/203 Bü 486-488.

<sup>10</sup>Beispiele: HStAS EA 8/501 Bü 80/1-18 und HStAS EA 8/603 Bü 186/1-2.

hier gibt es Unterlagen über erste Gastarbeiterabkommen zwischen der Bundesrepublik und Spanien sowie Belgien und Frankreich aus dem Jahr 1952.<sup>11</sup> Ähnliche Unterlagen finden sich auch im Staatsarchiv Sigmaringen.<sup>12</sup>

Über den größten Anteil an Unterlagen zu den Heimatvertriebenen verfügen wie bereits erwähnt die Ministerien oder Zentralbehörden, die sich ausschließlich mit Flüchtlingen und Vertriebenen beschäftigt haben, wie beispielsweise das Ministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Beständegruppe EA 12 im Hauptstaatsarchiv) sowie der Staatskommissär für die Umsiedlung in Württemberg-Hohenzollern (Bestand Wü 51 im Staatsarchiv Sigmaringen). Im Land Baden gab es zuständige Landesämter, die im Kapitel 3.2 erläutert werden. In den genannten Beständen findet man Unterlagen zu Gesetzgebung, Haushaltsplänen, Organisation von Ausstellungen und Tagungen, Statistiken, Eingliederungsmaßnahmen in die Landwirtschaft und den Arbeitsmarkt, Unterbringung und Umsiedlung, Einrichtung von Kindergärten, Schulen oder Altenheimen, Wohnungsbau, Wirtschaftsförderung und Kredite, Fürsorge und zu kulturellen Förderungen.

Im Generallandesarchiv Karlsruhe befindet sich darüber hinaus der Bestand 465 c (Document Center), hier sind Fragebögen der Militärregierung archiviert, die von den Heimatvertriebenen bei ihrer Ankunft ausgefüllt werden mussten. Auch in den Unterlagen des Präsidenten des Landbezirks Baden (GLAK Bestand 481) finden sich Spuren der Heimatvertriebenen. Hierbei handelt es sich um Akten zur wirtschaftlichen Eingliederung der Vertriebenen (Nr. 138), zur Ansiedlung von heimatvertriebenen Landwirten (Nr. 510) oder zur gesundheitlichen Versorgung der Flüchtlinge (Nr. 765) und zum Wohnungsbau (Nr. 759).

Im Hauptstaatsarchiv befinden sich in der Beständegruppe LA (Landtag seit 1945) Protokolle, welche bei Ausschuss- oder Parlamentssitzungen mit dem Thema Einwanderung angefertigt wurden. Auch der badische Landtag (StAF Bestand C 1/1) hat sich öfter mit dem Thema befasst (Nr. 27), eben-

---

<sup>11</sup>Beispiel: StAF C 7/1 Nr. 554.

<sup>12</sup>Beispiele: StAS Wü 2 T 1 Nr. 1003, 1049, 1051 und 1052.



so wie der Landtag von Württemberg-Hohenzollern (StAS Bestand Wü 1). In den Beständen des Landtags im Hauptstaatsarchiv finden sich auch Spuren der Migranten in der Korrespondenz des Landtagspräsidenten Camill Wurz (HStAS Bestand LA 2/102) oder bei den Protokollen des Ältestenrats, der eine Kommission für Kontakte zu Jugoslawien und für Gastarbeiterfragen ins Leben rief (HStAS Bestand LA 2/301 Bü 46 und 47).

### **3.2 Landesoberbehörden, Sonderbehörden, überregionale Verbände**

Unterlagen von Oberbehörden, oberen Sonderbehörden und überregionalen Verbänden befinden sich vor allem in den Staatsarchiven in Freiburg, Sigmaringen und Ludwigsburg sowie im Generallandesarchiv Karlsruhe. Im Hauptstaatsarchiv Stuttgart finden sich nur im Bereich der überregionalen Verbände Unterlagen zur Migration.

Bei den höheren Sonderbehörden des Landes Baden gibt es vor allem in den Beständen des Landeswohlfahrts- und Jugendamts (StAF D 30/1), des Landesamtes für Soforthilfe (StAF D 33/1) und des Landesamtes für Umsiedlung (StAF D 36/3) Unterlagen zur Migration. Hier findet man z. B. Akten über die Unterstützung der Vertriebenen bei der Einrichtung von Wohnungen, die Eingliederung von Facharbeitern, die Unterhaltung der Flüchtlingslager sowie Leistungen aus dem Soforthilfefonds. Für die Umsiedlung der Flüchtlinge gab es in Württemberg-Hohenzollern ebenfalls eine eigene Institution, hier bezeichnet als Staatskommissar für die Umsiedlung (StAS Bestand Wü 51). Der Staatskommissar regelte alles, was mit der Betreuung der Flüchtlinge zu tun hatte: die Integration in Arbeitsmarkt und Schullaufbahn, die Sozialversicherung und Altersvorsorge und förderte auch den Landerwerb durch Landwirte. Auch im Bestand des Badischen Landesgewerbeamtes lassen sich Spuren von Migranten finden, hier vor allem in den monatlichen Arbeitsmarktberichten, bei den Anträgen auf Ausbildungsbeihilfe oder Patentanmeldungen.<sup>13</sup>

---

<sup>13</sup>Beispiel: StAF D 150/1 Nr. 4.

Der Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes (Bestand K 810 im Staatsarchiv Ludwigsburg) befasste sich ebenfalls mit den Flüchtlingen, es gab einen Ausschuss für Flüchtlingsfürsorge.<sup>14</sup> Auch der Landkreistag Baden-Württemberg, Sprengelversammlung Südbaden, hat Unterlagen gebildet, die sich mit den Flüchtlingen und Vertriebenen auseinandersetzen. Die Akten sind im Staatsarchiv Freiburg im Bestand S 60/1 archiviert und betreffen neben der Versorgung und Verteilung der Flüchtlinge auch Zuschüsse an Interessengemeinschaften der Heimatvertriebenen (Nr. 630). Der Landkreistag Baden-Württemberg (Bestand Q 3/27 im Hauptstaatsarchiv Stuttgart) setzte sich auch mit Einwanderern auseinander, etwa mit der Betreuung und Unterbringung von Aussiedlern (Bü 2157).

In den Unterlagen des württembergischen Landesfürsorgeverbandes im Staatsarchiv Ludwigsburg (Bestand E 180 a II) finden sich viele Unterlagen zu den Neubürgern, zur Kriegsfolgenhilfe für Heimatvertriebene und Flüchtlinge oder zur Fürsorgeerziehung heimatvertriebener minderjähriger Flüchtlinge.

In den Unterlagen der Volkszählung 1961 des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg finden sich Informationen über die Anzahl der zu diesem Zeitpunkt in Baden-Württemberg wohnhaften Migranten (Bestand EL 413/4 im Staatsarchiv Ludwigsburg). Im Bestand EL 411 (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Verwaltungsakten) im Staatsarchiv Ludwigsburg befinden sich auch ältere Volkszählungsunterlagen und weitere Statistiken beispielsweise zu Ein- und Auswanderungen.

### **3.3 Mittelbehörden**

Im Bereich der Mittelbehörden können vor allem in den Beständen der Regierungspräsidien viele Unterlagen zur Migration gefunden werden. Das Regierungspräsidium Karlsruhe nimmt hier eine Sonderstellung ein, da dieses landesweit für Asylverfahren und die Eingliederung von Spätaussiedlern zuständig ist. Es unterhält ein Ankunftscenter in Heidelberg und eine

---

<sup>14</sup>Beispiel: K 810 Bü 364 und 365.

Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) in Karlsruhe und zentrale Aufnahmestellen für Spätaussiedler in Empfingen und Rastatt, die gleichzeitig auch Landesaufnahmestellen sind. Spätaussiedler, die aus anderen Bundesländern nach Baden-Württemberg gelangen, werden in der Landesaufnahmestelle für Spätaussiedler in Tübingen erfasst. Nach der Registrierung werden die Asylbewerber oder Spätaussiedler an die unteren Verwaltungsbehörden der kommunalen Ebene weitergeleitet.

Die Unterlagen des Regierungspräsidiums Karlsruhe werden im Generallandesarchiv Karlsruhe unter der Bestandssignatur 466 archiviert. Im Bestand GLAK 466-11 (Regierungspräsidium Karlsruhe, Lastenausgleich) finden sich zahlreiche Dokumente zur Betreuung der Flüchtlinge in Nordbaden, vor allem unter dem Gliederungspunkt 1 (Flüchtlinge und Vertriebene). In diesem Bestand befinden sich auch Unterlagen über Einrichtungsdarlehen für Aussiedler.<sup>15</sup> Auch im Bestand GLAK 466 Zugang 1981-75 finden sich Unterlagen zu dieser Thematik, hier vor allem zur Gewerbeförderung und beruflichen Eingliederung der Flüchtlinge sowie deren finanzielle Unterstützung aus staatlichen Fonds oder Stiftungen.<sup>16</sup>

In den Beständen des Regierungspräsidiums Stuttgart im Staatsarchiv Ludwigsburg (Beständegruppe EL 20) finden sich Unterlagen zu Flüchtlingen und Heimatvertriebenen, etwa über die Eingliederung der Vertriebenen und die Verwaltung der Flüchtlingslager (Bestand EL 20/5). In Ergänzung zu diesen Verwaltungsunterlagen der Lager befindet sich im Staatsarchiv Freiburg unter der Signatur E 130/1 eine Kartei über die im Durchgangslager Freiburg-Betzenhausen untergebrachten Flüchtlinge, geordnet nach Nachnamen. Darüber hinaus gibt es in den Beständen des Regierungspräsidiums Freiburg vor allem im Bestand StAF F 30/5, der Abteilung Gesundheit, Soziales und Flüchtlingswesen, viele Dokumente zu Heimatvertriebenen. Diese befassen sich mit der Unterbringung der Vertriebenen, deren Betreuung und Eingliederung bzw. Umsiedlung. Die Abteilung für Bauwesen, Raumordnung und Vermessungswesen (Bestand StAF F 30/8) befasste sich im

---

<sup>15</sup>Beispiel: GLAK 466-11 Nr. 2300.

<sup>16</sup>Beispiel: GLAK 466 Zugang 1981-75 Nr. 556.

Rahmen der Wohnungsbauförderung mit Sonderwohnungsbauprogrammen für Flüchtlinge und Umsiedler. Auch der Wohnungsbau für die Arbeitsmigranten ist in den Akten dokumentiert.<sup>17</sup> In den Beständen des Regierungspräsidiums Tübingen im Staatsarchiv Sigmaringen (Bestand Wü 42) befinden sich ebenfalls Unterlagen zum Wohnungsbau für Heimatvertriebene und Arbeitsmigranten.<sup>18</sup> Viele der neuen Bürger beantragten im Laufe der Jahre beim Regierungspräsidium eine Namensänderung, um ihre fremd klingenden Nachnamen zu ändern und der deutschen Phonetik anzupassen. Diese Akten können im Bestand F 22/66 des Staatsarchivs Freiburg recherchiert werden.

In den Unterlagen der Oberfinanzdirektionen finden sich Akten über Soforthilfe und Lastenausgleich, aus deren Mitteln Wohnungsbau und Existenzgründungsdarlehen für Vertriebene finanziert wurden.<sup>19</sup> Es gibt auch Akten über die Planung und bauliche Unterhaltung der Durchgangslager in den Regierungsbezirken, z. B. zum Durchgangslager in Kirchzarten bei Freiburg (Signatur StAF F 202/1 Nr. 19-22) oder zu Aussiedlersiedlungen, etwa zum Aussiedlerzentrum am Idinger Hof in Freiburg (Signatur StAF F 202/1 Nr. 56).

Unterlagen zu straffällig gewordenen Migranten können in der Überlieferung der Staatsanwaltschaften gefunden werden. In diesem Fall erleichtert es die Recherche, wenn konkrete Namen bekannt sind.

Die Reichs-/Bundesbahndirektion Stuttgart beschäftigte in den Wirtschaftswunderjahren viele ausländische Arbeitskräfte, die Bestände K 410 II, K 411 I und K 412 IV im Staatsarchiv Ludwigsburg enthalten zahlreiche Unterlagen, überwiegend Personalakten und Bauakten für Wohnheime. Im Nachlass von Hans Noller findet man als Ergänzung zu den Unterlagen der Bahn ein Foto von Gastarbeitern (Signatur StAL PL 723 DK 129-109). Auch im Bestand der Eisenbahndirektion/Bundesbahndirektion Karlsruhe befinden sich viele Personalakten von Gastarbeitern.<sup>20</sup> Auch die Oberpostdirektion

---

<sup>17</sup>Beispiele: StAF F 30/8 Nr. 229 und 244.

<sup>18</sup>Beispiele: StAS Wü 42 T 70 Nr. 355 und 387.

<sup>19</sup>Beispiel: StAS Wü 122 T 1 Nr. 328.

<sup>20</sup>Näheres im Findmittel des Bestands 421 K 2 im Generallandesarchiv Karlsruhe.

Karlsruhe (Bestände GLAK 419 und 419-1) führte Akten über den Bau von Wohnheimen und über die beschäftigten ausländischen Arbeiter.

### 3.4 Untere Verwaltungsbehörden

Die Landratsämter befassten sich unter anderem mit der Unterbringung der zugewiesenen Flüchtlinge in den Städten und Gemeinden, der Umsiedlung und Erteilung von Zuzugsgenehmigungen, der Betreuung und Unterstützung der zugezogenen Neubürger, der Ausstellung von Flüchtlingsausweisen, der Umsetzung der Wohnungsbauprogramme, der Versorgung mit Hausrat, der Unterhaltung der Wohnlager und der Zusammenarbeit mit Flüchtlingsausschüssen und Verbänden. Auch die Genehmigung von Ortsvereinen der Interessengemeinschaft der heimatvertriebenen Deutschen gehörte zu den Aufgaben der Landratsämter.<sup>21</sup> Darüber hinaus waren sie verpflichtet, den übergeordneten Behörden monatliche Berichte über die Schaffung von Wohnraum zu verfassen.<sup>22</sup>

Die Bauämter erfassten den verfügbaren Wohnraum, regelten den Verkauf von Baracken und brachten Flüchtlingsfamilien etwa auf Flugplätzen unter.<sup>23</sup> Die Gesundheitsämter führten Besichtigungen der Wohnlager durch, befassten sich mit den hygienischen Zuständen in den Massenquartieren und der gesundheitlichen Versorgung der Einwanderer und Gastarbeiter.<sup>24</sup> Darüber hinaus gehörte auch die Krankheitsbekämpfung bei neu eingetroffenen Aussiedlern zum Aufgabenspektrum der Gesundheitsämter (Akte StAF G 1186/5 Nr. 48). Die Landesversicherungsanstalt Baden befasste sich im Bereich der Gesundheitsvorsorge bei Arbeitsmigranten mit Krankheiten wie z. B. Tuberkulose. Den Betroffenen wurde in diesem Fall die Aufenthaltsgenehmigung für die Arbeitsaufnahme in Baden-Württemberg verweigert.<sup>25</sup>

Die Arbeitsämter und das Landesarbeitsamt Baden-Württemberg (Bestand

---

<sup>21</sup>Beispiel: StAF B 725/1 Nr. 11163.

<sup>22</sup>Beispiel: StAF B 748/1 Nr. 2773.

<sup>23</sup>Beispiel: StAL F 128 II Bü 90.

<sup>24</sup>Beispiel: StAF G 1173/1 Nr. 21.

<sup>25</sup>Beispiel: GLAK 462-2 Nr. 97.

K 310 II im Staatsarchiv Ludwigsburg) bildeten Unterlagen zur Vermittlung und Beratung der nach Baden-Württemberg emigrierten Personengruppen. Die Schulämter waren für die Integration der Kinder von Migranten in den Unterricht und deren Sprachförderung federführend verantwortlich. In den Unterlagen der Schulen, die im Rahmen der Beispielarchivierung im Landesarchiv Baden-Württemberg aufbewahrt werden, befinden sich Akten über den Unterricht der Gastarbeiterkinder und deren sprachliche Förderung.<sup>26</sup>

Auch Gerichte bildeten Unterlagen, die mit Migrationen zusammenhängen. Die zuständigen Amtsgerichte genehmigten Kulturvereine von Migranten und trugen diese ins Vereinsregister ein, z. B. den Türkischen Kultur-Verein e. V. in Ulm (Signatur StAL FL 300/34 II Bü 3850). Arbeits- und Sozialgerichte befassten sich mit den Beschwerden von Migranten, die sich bei der Ausübung ihres Berufes benachteiligt fühlen oder auch selbst gegen Gesetze oder Arbeitsvorschriften verstoßen haben und von ihren Arbeitgebern angezeigt wurden. Einige Gastarbeiter gründeten Begegnungszentren für ihre Landsleute, hierüber übten die Gewerbeaufsichtsämter die Aufsicht aus.<sup>27</sup>

Die Landwirtschaftsämter und Landwirtschaftsschulen waren vor allem mit der Ansiedlung der Flüchtlinge und deren Eingliederung in die Landwirtschaft, in der Arbeitskräfte dringend benötigt wurden, beschäftigt. Darüber hinaus waren sie auch im Bereich des Siedlungswesens tätig sowie bei der Erteilung von Darlehen.<sup>28</sup> Die Arbeitsmigranten wurden gelegentlich auch im Forstbetrieb eingesetzt, wie in der Akte des Staatsarchivs Ludwigsburg mit der Signatur FL 605/3 Bü 886 des staatlichen Forstamtes Adelberg nachgelesen werden kann.

Viele angehende Lehrer an den pädagogischen Hochschulen des Landes befassten sich zudem in ihren Zulassungsarbeiten mit dem Thema Migration, sei es über Heimatvertriebene, Arbeitsmigranten oder Aussiedler.<sup>29</sup> Beim Landesmedienzentrum Baden-Württemberg in Karlsruhe (Bestand GLAK 634-1) gab es Veranstaltungen und Projekte, die sich mit Aussiedlern befas-

---

<sup>26</sup>Beispiel: StAS Wü 92/17 T 1 Nr. 75.

<sup>27</sup>Beispiel: StAF G 1261/1 Nr. 440.

<sup>28</sup>Beispiel: StAF G 1000/1 Nr. 23.

<sup>29</sup>Beispiel: StAL EL 251 II Bü 992.

sten, z. B. zum Thema Sport (Nr. 91). Die Landesakademie für Fortbildung und Personalentwicklung in Calw (Bestand GLAK 613) setzte sich ebenfalls mit der Thematik der Spätaussiedler auseinander, hierbei ging es auch um die Förderung von Spätaussiedlern in den beruflichen Schulen (Nr. 536).

### 3.5 Kommunale, nichtstaatliche und sonstige Unterlagen

In den Sammlungen des Hauptstaatsarchivs (Beständegruppe J) gibt es Zeugnisse zu Flüchtlingen und Heimatvertriebenen, vor allem Aufsätze, Flugschriften, Vorträge und Zeitungsartikel. Vereinzelt gibt es Flugblätter zu der Thematik der Arbeitsmigranten, z. B. in der Akte mit der Signatur J 152 B XII g Nr. 45 “Warum brauchen wir Gastarbeiter?”. Es gibt viele Dokumente, die sich mit den Aussiedlern beschäftigen, etwa Wahlkampfmaterial (Bestand J 152 B, Gliederungspunkt IV) oder Informationsmaterial vom Innenministerium des Bundes.<sup>30</sup>

Auch in einigen politischen Nachlässen des Hauptstaatsarchivs (Beständegruppe Q 1) finden sich Dokumente zur Migration, so z. B. im Nachlass des ersten Baden-Württembergischen Ministerpräsidenten Dr. Reinhold Maier (Signatur Q 1/8), im Nachlass des ehemaligen Arbeits- und Sozialministers Josef Schüttler (Bestand Q 1/13 Bü 32) und im politischen Archiv von Frieder Birzele (Bestand Q 1/70). Dieser Bestand enthält Dokumente, die u. a. während seiner Tätigkeit als Innenminister des Landes Baden-Württemberg entstanden sind und sich ebenfalls mit dieser Thematik befassen.<sup>31</sup> Ebenso fündig wird man in der Beständegruppe Q 3 Verbands- und Familienarchive, hier ist auch der Bestand des Bundes der Vertriebenen eingegliedert (Signatur Q 3/51).

Darüber hinaus verfügt das Hauptstaatsarchiv auch über ein umfangreiches audiovisuelles Archiv, in dem zahlreiche Mitschnitte von Radiosendungen oder Fernsehreportagen digitalisiert abgelegt wurden (Beständegruppe R). Darunter befinden sich viele Zeitzeugeninterviews und Reportagen, wie et-

---

<sup>30</sup>Beispiel: HStAS J 152 B XI Nr. 199.

<sup>31</sup>Beispiel: HStAS Q 1/70 Nr. 331.

wa eine Hörfunksendung des Süddeutschen Rundfunks vom 15. September 1990, die an den 500.000 Gastarbeiter erinnerte, der 1970 aus Kroatien nach Baden-Württemberg kam.<sup>32</sup>

Ebenso wie im Hauptstaatsarchiv Stuttgart kann man auch im Generallandesarchiv Karlsruhe noch weitere Unterlagen nichtstaatlicher Herkunft finden, die sich mit der Migration auseinandersetzen. Genannt sei hier die Beständegruppe 69, in der sich unter anderem auch Unterlagen von Sportverbänden befinden, die Sammlung Kriegsende (Signatur S Kriegsende) und der Nachlass von Dr. Karl Bartunek (Signatur N Bartunek), dem ehemaliger Leiter des Gewerbeaufsichtsamtes. Er trug wesentlich zum Aufbau der Vertriebsorganisationen in Baden bei, daher finden sich vor allem zu Heimatvertriebenen viele Unterlagen in seinem Nachlass.

Neben Dokumenten aus den Nachlässen des Staatsarchivs Freiburg, etwa der Förderung einer Begegnungsstätte für türkische Gastarbeiter durch Karl Theodor Uhrig (Signatur T 1 (Zugang 1990/0029) Nr. 231), finden sich auch zahlreiche Bilder von Gastarbeitern in der Sammlung Willy Pragher (Bestand W 134).

Im Bestand des Landessportverbandes Baden-Württemberg e. V. im Hauptstaatsarchiv (Bestand P 34) findet man Unterlagen zu Sportprojekten mit Aussiedlern (Nr. 138). Die Gastarbeiter waren ebenfalls im Bereich des Sports präsent, wie eine Akte aus dem Bestand des Württembergischen Fußballverbands (HStAS Bestand P 38 Nr. 76) offenbart: es gab 1971 eine Tagung mit dem Thema "Partnerschaft in Arbeit und Spiel / Sport und Spiel für Gastarbeiter". Auch in den Unterlagen des Südbadischen Fußballverbandes (StAF Bestand U 303/) finden sich viele Spuren der Arbeitsmigranten, etwa von eigens für die Gastarbeiter eingerichteten Mannschaften bei Sportvereinen oder Gastarbeitervereinigungen.<sup>33</sup>

Darüber hinaus verwahrt das Landesarchiv Baden-Württemberg in der Außenstelle Hohenlohe-Zentralarchiv Neuenstein und im Archivverbund Main-Tauber auch Unterlagen kommunaler Herkunft. Der Schwerpunkt der Über-

<sup>32</sup>Signatur: HStAS R 1/001 D900057/114.

<sup>33</sup>Beispiel: StAF U 303/1 Nr. 191.



lieferung des Hohenlohe-Zentralarchivs Neuenstein liegt auf den Unterlagen der Grafen und Fürsten von Hohenlohe, es werden aber auch kommunale Unterlagen des Hohenlohekreises übernommen. Unterlagen zur Migration befinden sich vor allem in den dort verwahrten Kommunalarchiven des Hohenlohekreises, beispielsweise Unterlagen zur Fürsorge und Betreuung von Heimatvertriebenen in der Akte mit der Signatur HZAN GemA Mu 50 A 245, in der es unter anderem um die Zuteilung von Wohnraum und Förderungen für Flüchtlinge und Heimatvertriebene geht.

In den Beständen des Archivverbunds Main-Tauber findet man vor allem in den Beständen des Kreisarchivs Unterlagen zu Heimatvertriebenen, z. B. im Bestand K-LRA 20/1 (untere staatliche Verwaltungsbehörde) unter dem Gliederungspunkt 4 (Soziale Sicherung). Der Bestand enthält Unterlagen über die Aufnahme von Flüchtlingen, deren Unterbringung und Unterstützung sowie der Binnenumsiedlung. Auch im Bestand des Stadtarchivs Freudenberg (Bestand K-G 20) befinden sich Unterlagen zur Versorgung und Unterstützung von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen.<sup>34</sup> Ähnliche Unterlagen finden sich auch in weiteren dort verwahrten Gemeindearchiven. In der Überlieferung des Stadtarchivs Wertheim, im Ortsarchiv Lindelbach (Bestand S-O 10 A), befindet sich eine Akte, die sich mit Gastarbeitern befasst (Nr. 351). Die meisten Unterlagen finden man jedoch in den Beständen des Kreisarchivs. Hier geht es vor allem um den Umgang mit den ausländischen Arbeitskräften und deren Unterbringung.<sup>35</sup> Daneben finden sich auch im Rosenbergischen Archiv Dokumente zu Arbeitsmigranten, etwa im Bestand der Domänenkanzlei (Signatur R-G 50), hier geht es um den Einsatz von Gastarbeitern in den Waldungen der Forstbezirke. Das Kreisarchiv verwahrt ähnliche Unterlagen zu Aussiedlern wie die anderen Staatsarchive in den Landratsamtsbeständen, es geht zum Beispiel um Wohnraumversorgung und die Gewährung von Beihilfen (Beständegruppe K-LRA). In den Gemeindearchiven des Kreisarchivs finden sich Akten mit ähnlichen Betreffenden (Beständegruppe K-G).

---

<sup>34</sup>Beispiel: StAW K-G 20 A 1330.

<sup>35</sup>Beispiel: StAW K-LRA 20 Nr. 256.

Das Grundbuchzentralarchiv in Kornwestheim verwahrt Grundbuchunterlagen des Landes Baden-Württemberg und seiner Vorgängerlande auf dem Gebiet des heutigen Bundeslandes. In den Beständen können beispielsweise Einträge von Migranten gefunden werden, die Grundstücke erwarben und somit dauerhaft in Baden-Württemberg sesshaft wurden.

## 4 Überlieferungsbildung

Das Landesarchiv gestaltet seine Überlieferungsbildung transparent, es wurden für viele Verwaltungszweige Bewertungsmodelle erstellt, welche die Archivare und die Behördenmitarbeiter bei der Überlieferungsbildung unterstützen sollen.(Landesarchiv Baden-Württemberg, 2020e)

Grundlage für die Bewertungspraxis und die Bewertungsmodelle im Landesarchiv ist die vertikale und horizontale Bewertung. Hierunter versteht man die Analyse der Aufgaben, Funktionen und Zuständigkeiten einer Behörde, die in der historischen Überlieferungsbildung durch die Archive abgebildet werden.(Treffeisen, 2015, S. 1) Die Aufgaben und Funktionen werden auf verschiedenen Ebenen abgeglichen, einerseits vertikal, also mit über- und untergeordneten Dienststellen, und andererseits horizontal, also zwischen verschiedenen Behörden und Abteilungen, die an derselben Aufgabe beteiligt sind, aber mit unterschiedlichen Funktionen bei der Erfüllung der Aufgabe (Federführung, Stellungnahme usw.).(Treffeisen, 2015, S. 6)

Diese Erkenntnisse gewinnt man z. B. durch die Analyse von Akten- und Geschäftsverteilungspläne, Gesetze, Dienstvorschriften, Verordnungen, Arbeitsanweisungen usw. Auch durch die Befragung der Behördenmitarbeiter können Informationen zur Aufgabenverteilung und Funktion der Behörde oder Abteilung eingeholt werden. Anschließend werden die bei der Behörde im Rahmen der Aufgabenerledigung entstandenen Unterlagen gesichtet, beschrieben und analysiert.(Treffeisen, 2015, S. 7) Auch andere Überlieferungen innerhalb derselben Verwaltung müssen hierbei berücksichtigt werden.

### 4.1 Bewertungsmodelle

Mit Hilfe von Bewertungsmodellen werden die Unterlagen der abliefernden Behörden von den Archivaren bewertet und eine Überlieferung gebildet. Ein allgemeines Überlieferungsprofil, welches die Grundwerte der Überlieferungsbildung des Landesarchivs festschreibt, ist nicht vorhanden. Die Unterlagen, die die Behörden bilden, werden wie vorher beschrieben analysiert

und dann in die Kategorien *A*, *B* und *V* eingeteilt. Unterlagen, die mit *A* gekennzeichnet wurden, sind in jedem Fall *archivwürdig*. Der Buchstabe *V* steht für *vernichten*, d. h. diese Akten haben keinen weiteren Wert für die Überlieferungsbildung. Wenn Unterlagen im Bewertungsmodell mit *B* gekennzeichnet wurden, bedeutet das *bewerten*. Die Archivwürdigkeit dieser Unterlagen wird in diesem Fall durch eine Autopsie des zuständigen Archivars festgestellt.

In den erarbeiteten Bewertungsmodellen werden verschiedene Kriterien festgelegt, die erfüllt werden müssen, um die Archivwürdigkeit eines Dokuments festzustellen. Immer wieder fällt in diesem Zusammenhang der Begriff *zeittypisch*, vor allem im Bereich der Justiz.(Landesarchiv BadenWürttemberg, 2020) Im Bereich der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit werden die Registraturen darauf hingewiesen, Akten für das Landesarchiv vorzumerken, die besonders zeittypische Vorgänge enthalten. Dies kann vor allem die Eingliederung von Heimatvertriebenen, Aussiedlern oder Gastarbeitern betreffen. Es gilt hier, die sozialgeschichtlich und sozialpolitisch besonders interessanten Vorgänge zu ermitteln und dem zuständigen Staatsarchiv zur Übernahme anzubieten.(Landesarchiv Baden-Württemberg, 2020c) Auch im Bereich der Strafakten wird in den Bewertungsmodellen angeregt, zeittypische Fälle für das Archiv vorzumerken.

Die ausgewählten Schulen, deren Unterlagen durch das Landesarchiv archiviert werden, haben ebenfalls ein eigenes Bewertungsmodell, in dem zwar nicht explizit auf zeittypische Fälle hingewiesen wird, aber das dennoch erkennen lässt, dass bestimmte Bereiche, die beispielsweise Kinder mit Migrationshintergrund betreffen, als archivwürdig angesehen werden. Als Beispiel sei hier die Archivwürdigkeit der Unterlagen zu Förderunterricht und Fördermaßnahmen genannt, in denen u. a. Sprachförderunterricht für Migrantenkinder dokumentiert wird.(Landesarchiv Baden-Württemberg, 2020d)

Das Landesarchiv übernimmt auch Unterlagen der Arbeitsverwaltung und wendet hierbei ein von einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe erarbeitetes Bewertungsmodell an. Dieses Bewertungsmodell schlägt die Übernahme von Unterlagen vor, die einen Einblick in den Arbeitsmarkt- und Strukturwandel

geben und auch Einzelschicksale ausreichend dokumentieren. Einen besonderen Hinweis auf zeittypische Fälle gibt es in diesem Zusammenhang nicht, es ist jedoch sehr wahrscheinlich, dass sich Unterlagen von Migranten unter den archivwürdigen Akten befinden. (Landesarchiv Baden-Württemberg, 2020b)

Die meisten Unterlagen befinden sich in den für die Eingliederung zuständigen Abteilungen der Regierungspräsidien und der untergeordneten Verwaltungsbehörden. Häufig handelt es sich bei den Unterlagen um personenbezogene Akten. Für diese Aktengattung werden schon sehr lange Bewertungsmodelle bei der Überlieferungsbildung angewendet, da die Menge dieser Akten die Kapazitäten der Archive sprengen würde. Aus diesem Grund werden anhand von Bewertungsmodellen nur Teile der Gesamtmenge übernommen.

#### **4.1.1 Bewertungsmodell allgemeine Verwaltung**

In der Bewertungsdokumentation für Unterlagen der allgemeinen Verwaltung der Regierungspräsidien des Landesarchivs Baden-Württemberg wird das Asylwesen und die Eingliederung von Spätaussiedlern ausführlich behandelt. Für die Bewertung der Unterlagen hat das Landesarchiv Baden-Württemberg Richtlinien ausgearbeitet. Die Abteilungsbezeichnungen haben sich inzwischen geändert und wurden in diesem Unterkapitel auf den aktuellen Stand gebracht.

Es wurde für jede Fachaufgabe die Ebene ermittelt, die auf die Erfüllung einer Aufgabe den maßgeblichen Einfluss ausübt. Nur die Unterlagen dieser Behörde kommen generell für die Übernahme in Frage. Im Rahmen der vertikalen und horizontalen Bewertung wurden daher neben den Regierungspräsidien als Ausgangspunkt auch das Innenministerium und die unteren Verwaltungsbehörden einbezogen. (Landesarchiv Baden-Württemberg, 2020h, S. 10)

Die Abteilungen 8 und 9 im Regierungspräsidium Karlsruhe befassen sich mit dem Asylwesen und der Eingliederung von Spätaussiedlern und sind landesweit zuständig. Zu diesem Zweck unterhalten sie z. B. die Landes-

erstaufnahmeeinrichtung (LEA) in Karlsruhe und die Landesaufnahmestellen für Spätaussiedler (LAsT) in Empfingen und Tübingen. In der LEA in Karlsruhe werden die Asylbewerber erstmalig erfasst und fotografiert. Die Akten bestehen meist nur aus einem Blatt und sind nicht archivwürdig, zumal die Asylsuchenden auch im Ausländerzentralregister des Bundesverwaltungsamts in Köln registriert werden. Die Generalakten zur Verwaltung der LEA werden in jedem Fall durch den zuständigen Archivar bewertet, diese werden sowohl im Regierungspräsidium Karlsruhe als auch vor Ort geführt. (Landesarchiv Baden-Württemberg, 2020h, S. 47)

Die Erstaufnahmeeinrichtungen in den Regierungsbezirken legen für jeden Asylbewerber eine Einzelfallakte an. Diese Akte wird an den verschiedenen Aufenthaltsorten des Asylbewerbers in Baden-Württemberg von den zuständigen Verwaltungsbehörden weitergeführt. Darüber hinaus enthält die Akte alle wesentlichen Aktenteile des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge in Kopie. Zusätzlich werden Aktenduplikate angelegt, die in den Erstaufnahmeeinrichtungen verbleiben. Des Weiteren entstehen Akten über die Unterbringung der Asylbewerber und die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber, sowie auch über die Ausweisung und Abschiebung von straffällig gewordenen und illegal eingereisten Ausländern. Die Unterlagen der Erstaufnahmeeinrichtungen werden daher nach Einzelfällen bewertet. (Landesarchiv Baden-Württemberg, 2020h, S. 49)

Bei der Eingliederung von Spätaussiedlern entstehen die aussagekräftigsten Unterlagen in den unteren Verwaltungsbehörden. Das Regierungspräsidium verteilt lediglich die Mittel aus dem Garantiefonds an die unteren Verwaltungsbehörden. Aus diesem Fonds wird aus Bundesmitteln die soziale Integration der Spätaussiedler gefördert, z. B. durch Sprachkurse. Aus dem Referat 81 des RP Karlsruhe sind daher nur die Akten des Garantiefonds für die Übernahme von Bedeutung, die anderen Unterlagen können vernichtet werden, da die Dokumentation bei den unteren Verwaltungsbehörden aussagekräftiger ist. (Landesarchiv Baden-Württemberg, 2020h, S. 51)

Die Landesaufnahmestelle für Spätaussiedler in Empfingen übt ihre Tätigkeit als Auftragsverwaltung des Bundes aus. Die Spätaussiedler werden hier

erfasst, gepflegt und nach ca. zehn Tagen verlegt, entweder innerhalb Baden-Württembergs oder in andere Bundesländer. Bund und Land erfassen in Empfingen doppelt, da in der LAsT zusätzlich eine landesinterne Erstaufnahme durchgeführt wird. Die in Empfingen angelegten Einzelfallakten der Spätaussiedlern werden von den aufnehmenden unteren Verwaltungsbehörden weitergeführt. Die Generalakten der LAsT sollten dem Landesarchiv in jedem Fall zur Übernahme angeboten werden, ebenso wie die Generalakten aus dem Referat 81 des RP Karlsruhe zur Verwaltung der LAsT. (Landesarchiv Baden-Württemberg, 2020h, S. 50–51) Die Unterlagen der Landesaufnahmestelle für Spätaussiedler in Tübingen beschränken sich auf die Erfassung, Zuteilung und Weiterleitung der Spätaussiedler an die Stadt- und Landkreise. Diese Akten sind laut Bewertungsdokumentation nicht archivwürdig.

#### **4.1.2 Bewertungsmodell für personenbezogene Unterlagen**

Personenbezogene Unterlagen sind als Massenakten eine Herausforderung für die archivische Bewertung, eine sinnvolle Auswahl zu treffen ist schwer. Doch gerade in diesem Bereich verbergen sich viele Unterlagen der Migration, etwa die Erteilung von Aufbaudarlehen für Heimatvertriebene oder Einzelfallakten der Umsiedlungsprogramme. Eine der bekanntesten Methoden für die Bewertung von Massenakten ist das DOT-Modell, welches seit 1991 für die Bewertung personenbezogener Massenakten und auch bei Sachakten, die nach Personennamen organisiert waren, angewendet wurde. (Ernst, 2008, S. 276) Bei diesem Modell werden alle Akten von Personen übernommen, deren Nachname mit den Anfangsbuchstaben D, O oder T beginnt. Zusätzlich dazu werden noch ausgewählte Jahrgänge übernommen. Die auf Grundlage dieses Bewertungsmodells übernommenen Unterlagen werden oft als zu umfangreich eingeschätzt. Auch die Repräsentativität der Buchstabenauswahl D, O und T ist aus Sicht der Forschung fraglich, auch in Hinblick darauf, inwieweit Migranten bei dieser Buchstabenauswahl berücksichtigt werden. Manche Anfangsbuchstaben kommen bei bestimmten Nationalitäten gar nicht vor, andere dagegen überproportional häufig, beispielsweise

se der Buchstabe Y bei türkischen Familiennamen.(Neukom, 2014, S. 65) Nasrin Saef vom DOMiD (Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland) in Köln stellte bei der Erarbeitung eines Dokumentationsprofils Migration fest, dass das Verhältnis von Deutschen zu Migranten bei der Buchstabenauswahl DOT im Rhein-Erft-Kreis beispielsweise bei 59:41 liegt. Hiefür wurde ein Bestand von 3000 Sozialhilfeakten durchgearbeitet. Da der Anteil der Migranten innerhalb Deutschlands regional sehr unterschiedlich sein kann, ebenso wie deren Herkunftsländer, kann dies jedoch nicht als Musterfall übernommen werden.(Saef, 2014, S. 65–66)

Das Landesarchiv Baden-Württemberg veröffentlichte im Jahr 2008 in der Fachzeitschrift *Archivar* (Heft 3) neue Lösungsansätze für die inhaltliche Bewertung von personenbezogenen Massenakten, um die Überlieferung auf diesem Gebiet repräsentativer zu gestalten und das DOT-Modell abzulösen.(Ernst, 2008, S. 275–278) Das Bewertungsmodell wurde von Mitgliedern der Arbeitsgruppe Überlieferungsbildung erarbeitet und in diesem Zusammenhang auch auf elektronisch verfügbare Unterlagen ausgeweitet.

Das Interesse des Nutzers wurde hierbei ins Zentrum der Überlieferungsbildung gerückt, um auf diese Weise die Qualität der Überlieferungen zu erhöhen.(Ernst, 2008, S. 276) Als am wichtigsten für die Benutzer wurde der Informationsgehalt des Archivguts und der Aufwand für die Gewinnung der gewünschten Informationen festgestellt. Fragestellungen künftiger Archivnutzer zu kennen, ist utopisch. Dennoch lassen sich viele Fragestellungen der Benutzer kategorisieren. So erwarten Familienforscher beispielsweise Unterlagen zu ihren Vorfahren; mit Unterlagen zu Nachnamen, die mit D, O oder T anfangen, ist nur den wenigsten geholfen.(Ernst, 2008, S. 276)

Es wurden fünf Benutzungsziele erarbeitet, die dabei helfen, die spezifischen Benutzerinteressen schon bei der Bewertung zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Unterlagen kann anhand der Ziele entschieden werden, ob es sinnvoll ist, eine Überlieferung aus dem betreffenden Bereich zu bilden. Die Orientierung an den Nutzerinteressen verfolgt vor allem ein Ziel: Qualität vor Quantität.(Ernst, 2008, S. 277) Für die Erfüllung der angestrebten Benutzungsziele gibt es eine Auswahl an geeigneten Verfahren. Die Buch-



stabenmodelle sollen nur noch in fachlich vertretbaren Fällen angewendet werden.

Das erste Benutzungsziel ist die *Grundsicherung aus der Gesamtheit*. Das Benutzungsinteresse fordert an dieser Stelle Kerndaten zu jedem Einzelfall, was durch die Auswahl von Kerndaten aller Akten/Datensätze ermöglicht werden kann. Bei analogen Unterlagen können dies Sammelakten oder Personalbögen sein, bei elektronischen Unterlagen Auszüge aus Datenbanken. (Ernst, 2008, S. 277)

Für das zweite Benutzungsziel wird eine *statistisch auswertbare Teilmenge* gebildet. Diese Teilmenge kann auf verschiedene Arten gebildet werden, im Idealfall aus elektronischen Unterlagen wie Datenbanken. Analoge Unterlagen sollten in diesem Fall nur übernommen werden, wenn keine digitalen Daten vorliegen oder ein qualitativer Mehrwert durch die Übernahme der analogen Unterlagen erreicht wird. In diesem Fall erfolgt die Auswahl beispielsweise durch ein Losverfahren, Zufallszahlen oder systematisch, etwa nach Anfangsbuchstaben oder nach Geburtsjahren. (Ernst, 2008, S. 278)

Als weiteres Benutzungsziel ist die *Übernahme durchschnittlicher Einzelfälle* festgelegt worden. Diese Einzelfälle bieten den Benutzer die Möglichkeit tieferer Analysen. Die Auswahl der Einzelfälle sollte nach zeittypischen, sachbezogenen oder regionalen Kriterien erfolgen, entweder inhaltlich, etwa durch die Auswertung von lokalen Medien oder mechanisch; in diesem Fall wird eine systematische Zufallsauswahl (Buchstaben, Jahrgang oder Quote) getroffen. Wichtig bei diesem Benutzungsziel ist: Wenn schon vollständige Akten nach dem zweiten Ziel, der statistisch auswertbaren Teilmenge, übernommen wurden, werden keine weiteren Unterlagen benötigt und das Ziel ist somit schon erreicht. (Ernst, 2008, S. 278)

Neben den durchschnittlichen Einzelfällen sind auch die *herausragenden Einzelfälle* ein wichtiges Benutzungsziel, welches durch die Auswahl von VIPs, berühmter Persönlichkeiten, Pressefällen oder auch auffällig dicker Akten erfüllt werden kann. Hier spielt auch die abliefernde Stelle eine wichtige Rolle in der Überlieferungsbildung. Während der Archivar durch die Auswertung von Medien zum Beispiel Akten von Gerichtsprozessen vormer-

ken kann, können auch die Behördenmitarbeiter Vorschläge zur Übernahme machen, da sie ihre Unterlagen am besten kennen.

Sollte nach den vorher genannten Benutzungszielen keine Übernahme erfolgt sein, kommt das fünfte Benutzungsziel, die *Evidenz* zum Tragen. Hier werden Einzelfälle für eine Analyse der Verwaltungs- und Zeitgeschichte übernommen, um das Behördenhandeln zu dokumentieren. Dies können Handbücher oder Einzelakten in sehr geringer Auswahl sein. Für den Fall, dass die Unterlagen keine Aussagekraft für eines der fünf Benutzungsziele haben, wird eine Komplettkassation empfohlen. (Ernst, 2008, S. 278)

## 5 Ausbaupotential der Überlieferung

Archive bilden die Grundlage des Gedächtnisses einer Gesellschaft und sie haben durch die Bewertung von Unterlagen Einfluss darauf, welche Informationen über Ereignisse und Personen für die historische Forschung erhalten bleiben sollen. (Kostner, 2014, S. 20) Der 73. Südwestdeutsche Archivtag 2013 in Stuttgart befasste sich mit dem Thema *Archive und Migration*. In den Vorträgen wurden viele Ideen vorgestellt, wie die Migration besser in den Archiven abgebildet werden kann, aber auch, wie die Migranten mehr in die kulturelle Arbeit der Archive eingebunden bzw. wie sie davon gezielt angesprochen werden können. (Deigendesch und Müller, 2014) Bei der Migration handelt es sich um ein klassisches Querschnittsthema, fast in jeder Behörde gibt es Akten, die einen Bezug zu Migration haben können. (Saef, 2014, S. 65–66) Darüber hinaus gibt es natürlich die Behörden, die speziell für Migrationsthemen zuständig sind (etwa Abteilungen für Asyl bei den Regierungspräsidien).

Das Landesarchiv Baden-Württemberg übernimmt viele Unterlagen, die auch Informationen zur Migration enthalten. Ein explizites Augenmerk wird darauf jedoch nicht gelegt. Es gibt nur die Hinweise auf zeittypische Fälle in den Bewertungsmodellen, kein spezielles Dokumentationsprofil zu dieser Thematik. Die sachthematischen Inventare fassen Unterlagen zu bestimmten Themen zusammen, es gibt kein Inventar zur Migration. Die Themenseite *Migration und Flucht* auf der Homepage des Landesarchivs beinhaltet vor allem Unterrichtsmaterialien für Schulen und Links zu veröffentlichten Aufsätzen. (Landesarchiv Baden-Württemberg, 2020f)

In den kommenden Jahren werden die Unterlagen der Spätaussiedler und Flüchtlinge archivreif, die nach dem Zerfall des Ostblocks ab 1990 nach Deutschland kamen. Auch im Hinblick darauf sollen die nachfolgenden Vorschläge Möglichkeiten aufzeigen, die Überlieferung in diesem Bereich zu verbessern.

## 5.1 Dokumentationsprofile

In den letzten Jahren rückten Dokumentationsprofile in den Fokus der Archive. Vor allem Kommunalarchive greifen immer mehr auf dieses Hilfsmittel der Überlieferungsbildung zurück. Die Bundeskonferenz Kommunalarchive (BKK) hat für die Erstellung eines solchen Dokumentationsprofils eine Arbeitshilfe veröffentlicht. (Bundeskonferenz der Kommunalarchive beim Deutschen Städtetag, 2009) Irmgard Christa Becker erarbeitete in ihrer damaligen Funktion als Leiterin des Stadtarchivs Saarbrücken ein Dokumentationsprofil zum Thema Migration und stellte fest, dass ein solches die Organisation der Überlieferungsbildung erleichtern und für eine qualitative Verbesserung des Überlieferungsergebnisses sorgen kann. (Becker, 2010, S. 2) Für die Erstellung eines Dokumentationsprofils zu einer bestimmten Thematik sind jedoch mitunter zeitaufwendige Vorarbeiten notwendig, die vor allem größere Archive abschrecken.

Der Ausgangspunkt eines Dokumentationsprofils ist immer der Archivsprengel, die lokale Lebenswelt. Ein Themenkatalog wird erarbeitet, in dem Kategorien festgelegt werden, die aussagen, welche Unterlagen für die Entwicklung der lokalen Lebenswelt relevant sind. Für diese Kategorien wiederum werden Dokumentationsziele erarbeitet, die Antwort auf zentrale Leitfragen geben und bestimmen, was dokumentiert werden soll. (Becker, 2010, S. 2) Mit der Gewichtung nach Dokumentationsgraden wird die Übernahmequote in den einzelnen Kategorien festgelegt, von hoch (intensive Übernahme) bis niedrig (geringe Übernahme). Quellen mit niedrigem Dokumentationsgrad sind meistens zusammenfassende, chronikalische Quellen, etwa Jahresberichte.

Im nächsten Schritt werden die bereits vorhandenen Quellen im Archiv geprüft: Welche Bestände und Registraturbildner sind vorhanden und können die angestrebten Dokumentationsziele damit erreicht werden? Auf diese Weise werden auch Überlieferungslücken sichtbar. Um diese Lücken zu schließen, muss überlegt werden, was zusätzlich an Unterlagen übernommen werden kann, möglicherweise auch aus den Unterlagen Dritter, wie z. B. Ver-

einen oder Personen des öffentlichen Lebens.(Becker, 2010, S. 3) Bei diesem Schritt muss ein gewisser (Zeit-) Aufwand betrieben werden, den viele Archive mit umfangreichen Beständen scheuen. Durch ein Dokumentationsprofil kann die Überlieferungsbildung eines Archivs ganz anderes gesteuert werden und die Bewertungsentscheidungen werden transparenter, die Stärken und Schwächen der amtlichen und nicht-amtlichen Überlieferung im eigenen Archiv werden auf diese Weise sichtbar.(Becker, 2010, S. 7)

Wie man ein Dokumentationsprofil zum Thema Migration aufbauen kann, zeigt das Beispiel des Dokumentationszentrums und Museums über die Migration in Deutschland (DOMiD) in Köln.(Dokumentationszentrum und Museum für die Migration in Deutschland e. V., 2020) Das DOMiD veranstaltet Ausstellungen und Tagungen zum Thema Migration und hat eine Sammlung mit über 70.000 Objekten zur Migrationsgeschichte in Deutschland aufgebaut. Seit 2018 gibt es ein virtuelles Museum zur Geschichte der Migration, dass zu einer fiktiven Stadtführung einlädt. (Dokumentationszentrum und Museum für die Migration in Deutschland e. V., 2020) Nasrin Saef stellte in ihrem Vortrag auf dem Südwestdeutschen Archivtag 2013 das Dokumentationsprofil Migration vor.(Saef, 2014, S. 58–68) Darin werden fünf Dokumentationsziele festgelegt, die durch das Dokumentationsprofil erreicht werden sollen:

- Dokumentation aller Personen mit Migrationshintergrund sowie ihrer Ankunft und Integration in den Alltag,
- Dokumentation der Beteiligung der Migranten am sozialen, politischen, religiösen und kulturellen Leben,
- Dokumentation von Bildungswegen und Arbeitsleben der Migranten,
- Dokumentation der Wohnbedingungen und des Alltagslebens der Migranten und
- Dokumentation grundlegender Informationen zum Alltag der Deutschen und deren Beziehungen zu Migranten.

Um diese Ziele zu erreichen ist es wichtig, nicht nur öffentliche Träger anzusprechen, sondern vor allem Private, Vereine und Verbände. Ohne eine Er-

gänzungsdokumentation sind die Ziele kaum zu erreichen. Wichtig bei dem Dokumentationsprofil ist auch der Einbezug von Personen ohne Migrationshintergrund, damit auf diese Weise die Unterschiede und Gemeinsamkeiten im Alltag der Menschen sichtbar werden können.(Saef, 2014, S. 61–62)

Sind die Behörden ausgemacht, bei denen relevante Unterlagen entstehen könnten, wird ein Quellenkataster erstellt, das den Dokumentationszielen die Unterlagen mit Hilfe der Dokumentationsgrade und der Nennung der Registraturbildner zuordnet. Auf diese Weise entsteht ein Überblick über alle zu einem Themenkomplex entstehenden Unterlagen.(Saef, 2014, S. 63) Dagegen wird bei der normalen Bewertung ohne Dokumentationsprofil lediglich der Bestand eines bestimmten Registraturbildners betrachtet, ohne den thematischen Hintergrund.

Bei Massenakten sieht auch das Dokumentationsprofil Migration die Übernahme von Teilmengen vor. Bei der Stichprobenziehung nach Anfangsbuchstaben muss jedoch genau entschieden werden, welche Buchstaben in welchen Nationalitäten wie häufig vorkommen. Es wurden Vorschläge gemacht, welche Buchstaben sich besonders gut für die Erreichung verschiedener Dokumentationsziele eignen. Diese Buchstabenkombinationen machen zwischen zwei und zehn Prozent des Gesamtbestandes aus und das Verhältnis zwischen Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund liegt ungefähr zwischen 65:35 und 50:50.(Saef, 2014, S. 65–66)

Nasrin Saef schlägt im Dokumentationsprofil auch vor, Sammlungen von Unterlagen über die Migration zu bilden. Diese sind zur Ergänzung des Behördenschriftguts dringend notwendig, vor allem was die Erfüllung des zweiten Dokumentationsziels, die Beteiligung der Migranten am öffentlichen Leben, betrifft.(Saef, 2014, S. 66)

Ein Dokumentationsprofil kann helfen, sich einen genauen Überblick über die bereits zum Bereich Migration vorhandene Dokumente im Archiv zu verschaffen. Es zeigt Überlieferungslücken auf und kann die Bewertungsarbeit erleichtern und transparenter machen. Die Erstellung eines Dokumentationsprofils und die Festlegung der Dokumentationsziele ist jedoch sehr aufwendig und erfordert gute Kenntnisse der eigenen Bestände und der ab-

liefernden Stellen. Bei der Ermittlung von nichtamtlichen Dokumenten im Rahmen der Ergänzungsdokumentation kann es sehr hilfreich sein.

## 5.2 Ergänzungsdokumentation

Gesellschaftliche und soziale Phänomene wie das Alltagsleben von Migranten spiegeln sich nicht oder nur sehr vage in den Unterlagen staatlicher Behörden wider. Nichtamtliche Unterlagen dokumentieren das staatliche Handeln aus einer anderen Perspektive und ergänzen auf diese Weise die amtliche Überlieferung. Vor allem für die Geschichtswissenschaft ist die Ausdehnung der Quellenbasis auf Sektoren, die in der staatlichen Überlieferung nicht oder nur am Rande dokumentiert werden, von großer Bedeutung. Auch die inhaltlichen Lücken in der Dokumentation der Landesgeschichte können auf diese Weise geschlossen werden. (Wiech, 2012, S. 336) Hans Booms regte bereits vor fast 50 Jahren an, dass Archive eine *gesamtgesellschaftliche Dokumentation des öffentlichen Lebens* anstreben sollten. (Booms, 1972, S. 40)

Da für Vereine, Verbände oder Privatpersonen keine Anbieterspflicht besteht, ist es Sache der Archive, interessante Unterlagen im Archivsprengel ausfindig zu machen. Wichtig ist hierbei auch die Feststellung, ob Unterlagen mit historischem Wert vor Verlust gesichert sind und eine eigenständige Archivierung vor Ort möglich ist. Ist dies nicht der Fall, kann das Archiv Unterstützung anbieten und die Unterlagen verwahren, entweder in Form eines Depositums oder einer Schenkung. Stimmt der Besitzer der Unterlagen zu, wird ein privatrechtlicher Vertrag geschlossen, der insbesondere auch Benutzungsbestimmungen für die Unterlagen regelt. (Wiech, 2012, S. 337) Die Akquirierung dieser Quellen muss gezielt durch das Archiv erfolgen und bedeutet einen gewissen personellen Aufwand, der in Zeiten knapper Personalressourcen eine wachsende Herausforderung darstellt. (Sudmann, 2012, S. 12)

Bei der Bewertung von nicht-amtlichen Archivgut gibt es selten Bewertungsmodelle. Das Landesarchiv Nordrhein-Westfalen hat ein Überlieferungsprofil für diese Form von Archivgut erarbeitet und nennt darin vier formale Be-

wertungskriterien (Authentizität, Archivfähigkeit, Benutzbarkeit und Bewertungslizenz) sowie drei inhaltliche Bewertungskriterien (Verbundüberlieferung, Sprengelbezug und Archivwürdigkeit). Besonders im Hinblick auf die Benutzbarkeit, den konservatorischen Zustand der Unterlagen (Archivfähigkeit) und die Einzigartigkeit sollte bei der Auswahl Wert gelegt werden. Passt der Bestand thematisch oder herkunftsmäßig besser in ein anderes Archiv, sollte von einer Übernahme abgesehen werden. Bei der Überlieferungsbildung sollten auch die Erwartungen der Benutzer berücksichtigt werden (wo erwarten die Benutzer diese Art von Unterlagen?).(Wiech, 2012, S. 338) Das wichtigste inhaltliche Bewertungskriterium ist die Archivwürdigkeit des Bestandes. Neben einem hohen Quellenwert für den Archivsprengel sollten die Unterlagen auch die bisherige amtliche Überlieferung sinnvoll ergänzen und ggf. der Vertiefung eines bestehenden Überlieferungsschwerpunktes dienen.(Wiech, 2012, S. 339)

Das Landesarchiv Baden-Württemberg archiviert im Bereich der nichtstaatlichen Ergänzungsdokumentation beispielsweise die Unterlagen des Bundes der Vertriebenen, Landesverband Baden-Württemberg unter der Signatur Q 3/51 im Hauptstaatsarchiv Stuttgart. Des Weiteren können Nutzer in den Unterlagen von Landessportverbänden oder auch in zahlreichen Nachlässen und Sammlungen Dokumente zur Migration entdecken. Es gibt in Baden-Württemberg zahlreiche Vereine, die ihren Ursprung in der Zeit der Arbeitsmigration hatten und bis heute bestehen, beispielsweise Vereine türkischer Arbeitnehmer.(Türkische Gemeinde Baden-Württemberg e.V., 2020) Eine formlose Kontaktaufnahme mit kurzen Informationen zum Landesarchiv und seinem Angebot als Gedächtnis der baden-württembergischen Gesellschaft wäre bei einem Ausbau des Überlieferungsangebots zum Thema Migration zu empfehlen.

### **5.3 Migrationsarchive**

Die Stadt Salzburg in Österreich hat 2014 begonnen, in Zusammenarbeit mit der Universität Salzburg, ein Migrationsarchiv aufzubauen, dass am



Stadtarchiv Salzburg angesiedelt ist und 2017 schließlich online ging. (Stadt Salzburg, 2020) In diesem Archiv werden sowohl vom Stadtarchiv als auch von der Universität Salzburg neben historischen Quellen, die im Stadtarchiv eingesehen werden können, Zeugnisse der Sozial-, Kultur- und Alltagsgeschichte zur Migrationsgeschichte der Stadt Salzburg gesammelt, digitalisiert und online zur Verfügung gestellt. Die Sammlung besteht vor allem aus Lebensläufen von Migranten, Oral History (z. B. Interviews mit Migranten), Fotografien und Tagebüchern. Darüber hinaus gibt es Ausstellungen und Veranstaltungen zum Thema sowie Publikationen.

Ein ähnliches Konzept verfolgt in Deutschland das bereits erwähnte Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland (DOMiD) in Köln. Das Ziel des eingetragenen Vereins ist es, die Migrationsgeschichte und die Migrationsgesellschaft Deutschlands, mittels Oral History und der Sammlung von persönlichen Dokumenten von Menschen mit Migrationshintergrund zu dokumentieren.

Der Aufbau eines solchen Themenarchivs ist extrem aufwendig und von einer Institution/einem Archiv allein nur schwer realisierbar. Denkbar wäre der Aufbau eines themenbezogenen Online-Archivportals zur Migration im deutschen Südwesten, ähnlich dem Angebot von LEO-BW, dem landeskundlichen Informationssystem für Baden-Württemberg mit Dokumenten aus Archiven, Bibliotheken und Museen. (Land Baden-Württemberg, 2020) In einem Themenportal könnten die Nutzer in den Beständen der staatlichen, kommunalen, wissenschaftlichen und freien Archive Baden-Würtbergs recherchieren und die Archivalien (im Idealfall) als Digitalisat online einsehen. Momentan handelt es sich hierbei jedoch um Utopie. Alternativ könnte ein Themenmodul über die Migration im deutschen Südwesten in LEO-BW integriert werden, wie z. B. das Themenmodul *Südwestdeutsche Archivalienkunde*. (Landesarchiv Baden-Württemberg, 2020)

## 5.4 Sachthematische Inventare und Rechercheführer

Mit der Themenseite *Migration und Flucht* verfügt das Landesarchiv Baden-Württemberg über eine erste Hilfestellung für Migrationsforscher. (Landesarchiv Baden-Württemberg, 2020f) Die Benutzer können sich auf der Seite einen Überblick über bereits vom Landesarchiv zum Thema Migration erstellte Dokumente über Archivgut verschaffen. Die Nutzer, die einen detaillierten Überblick in Form von Beständeübersichten oder Recherchehinweisen erwarten, werden jedoch enttäuscht.

Sachthematische Inventare können Nutzern helfen, Unterlagen zu bestimmten Themen schneller zu finden und sich einen Überblick zu verschaffen. Ein solches Inventar überträgt im weitesten Sinne das Provenienzprinzip (Zusammenstellung der Akten nach der Herkunft) in das Pertinenzprinzip (Zusammenfassung aller Akten gleichen Betreffs). Die Erstellung eines sachthematischen Inventars ist jedoch sehr aufwendig und erfordert detaillierte Kenntnisse der Bestandsstruktur und einen präzisen Schlagwortkatalog für die Recherche. (Archivschule Marburg, 2020) Das Landesarchiv Baden-Württemberg verfügt unter anderem über ein sachthematisches Inventar zur französischen Besatzungszeit, in dem sich auch Dokumente zu Heimatvertriebenen finden, ein entsprechender Gliederungspunkt ist in der Strukturansicht zu finden. (Landesarchiv Baden-Württemberg, 2020a)

Auch Rechercheführer eignen sich gut, um Nutzer bei der Suche nach Archivgut zu unterstützen. Die Rechercheführer bieten dem Nutzer Informationen zu einem bestimmten Themenbereich an, sowie Informationen, in welchen Beständen entsprechende Dokumente enthalten sind. Darüber hinaus können sie auch Hinweise auf andere Institutionen mit Quellen zu dem Thema bereitstellen. Das Landesarchiv verfügt bereits über einige Rechercheführer, die Erstellung eines weiteren über das Thema Migration würde sich durchaus anbieten. (Landesarchiv Baden-Württemberg, 2020g) Da der Begriff Migration sowohl die Emigration als auch die Immigration umfasst, wäre eine Unterteilung beispielsweise in Einwanderung und Auswanderung jeweils mit eigenem Rechercheführer, sinnvoll.

## 6 Fazit

Quellen zur Migration finden sich in vielen Beständen des Landesarchivs Baden-Württemberg. Der Vorgang der Migration nach Baden-Württemberg kann anhand der im Landesarchiv Baden-Württemberg vorhandenen Unterlagen gut nachvollzogen werden. Zu verdanken ist dies auch der Vorgabe, *Zeittypisches* zu übernehmen, die in den meisten Bewertungsmodellen festgeschrieben wurde und auch so praktiziert wird. Die Archivare des Landesarchivs scheinen sensibilisiert genug, Unterlagen über Heimatvertriebene, Flüchtlinge oder andere Migrantengruppen nicht pauschal zu behandeln, sondern hier auch einmal genauer hinzuschauen und eventuell auch ein paar Akten mehr als sonst in ihr Archiv zu übernehmen. Der Weg der Migranten kann somit zumindest aus Behördensicht gut nachvollzogen werden. Dabei konnte festgestellt werden, dass sich die Unterlagen in den Abteilungen vor allem im Bereich der mittleren und unteren Verwaltungsbehörden ähnlich sind.

Dennoch stellt sich die Frage, ob sinnvoll wäre, Dokumentationsprofile zu bestimmten Themen zu erstellen. Das in Kapitel 5 vorgestellte Profil des Dokumentationszentrums und Museums über die Migration in Deutschland (DOMiD) kann hierfür als Beispiel dienen, zu bedenken ist jedoch, dass das DOMiD ausschließlich Unterlagen sammelt, die Migration betreffen. Das Landesarchiv hingegen hat den Auftrag, die Geschichte des Bundeslandes Baden-Württemberg zu dokumentieren und zugänglich zu machen. Den Überlieferungsschwerpunkt auf ausgewählte Themen festzulegen, ist nicht mit der gesetzlich festgeschriebenen Funktion des Landesarchivs zu vereinen. Die Erstellung einzelner Dokumentationsprofile zu ausgewählten Themen wäre ob des großen Umfangs der Unterlagen im Landesarchiv sehr aufwendig, aber möglich.

Mit den Rechercheführern und sachthematischen Inventaren auf der Homepage wird Nutzern Unterstützung bei der themenbezogenen Recherche nach Archivgut angeboten. Hier würde sich in jedem Fall ein Ausbau des Angebots empfehlen, auf diese Weise können ausgewählte Themen für den

Nutzer in einer gut nachvollziehbaren Art und Weise dargestellt werden, vor allem im Bereich der Rechercheführer.

Es sind kaum Unterlagen, die von Migranten gebildet wurden und deren Lebensalltag in Baden-Württemberg dokumentieren, im Landesarchiv vorhanden. Bis auf den Bestand des Verbundes der Vertriebenen im Hauptstaatsarchiv Stuttgart sind Unterlagen, die von Migranten oder deren Vereinigungen selbst gebildet wurden, eher Mangelware in der Überlieferung des Landesarchivs. Hier sollte das Landesarchiv aktiv auf Vereinigungen oder auch Personen des öffentlichen Lebens, die einen Migrationshintergrund haben, zugehen und sich als Gedächtnis Baden-Württembergs präsentieren. Bei der Übernahme sollte der Schwerpunkt auf der überwiegenden Tätigkeit in Baden-Württemberg liegen.

Dennoch kann abschließend festgestellt werden, dass die Überlieferung zur Migration in Baden-Württemberg nach 1945 im Landesarchiv breit aufgestellt ist und dem Nutzer einen guten Überblick über die damaligen Abläufe in den Landesbehörden gibt, von der Gesetzgebung bis hin zur untersten Ebene. Aber Verbesserungspotential ist vorhanden, dieses kann im Hinblick auf die archivreif werdenden Unterlagen ab 1990 in den nächsten Jahren mit Archivgut zur Migration der Spätaussiedler und Asylbewerber ausgebaut werden.

## Quellen

- Archivschule Marburg (2020). *Archivwissenschaftliche Terminologie*. Veröffentlichung auf der Homepage der Archivschule Marburg. URL: <https://www.archivschule.de/uploads/Forschung/ArchivwissenschaftlicheTerminologie/Terminologie.html> (besucht am 27. 01. 2020).
- Becker, Irmgard Christa (Dez. 2010). *Dokumentationsprofile als Grundlage kommunalarchivischer Bewertung*. Vortrag beim Workshop „Aktuelle Ziele und Methoden archivischer Bewertung“ des LA BW am 01.12.2010. URL: [https://www.landesarchiv-bw.de/sixcms/media.php/120/52523/Workshop\\_Becker\\_Dokumentationsprofile.pdf](https://www.landesarchiv-bw.de/sixcms/media.php/120/52523/Workshop_Becker_Dokumentationsprofile.pdf).
- Beer, Mathias (1994). *Flüchtlinge und Vertriebene im deutschen Südwesten nach 1945: eine Übersicht der Archivalien in den staatlichen und kommunalen Archiven des Landes Baden-Württemberg*. Schriftenreihe des Instituts für Donauschwäbische Geschichte und Landeskunde ; 2. Sigmaringen: Thorbecke.
- Hrsg. (2002). *Umsiedlung, Flucht und Vertreibung der Deutschen als internationales Problem : zur Geschichte eines europäischen Irrwegs ; Darstellung und Perspektiven ; das Thema im Unterricht ; Quellen und Materialien*. Stuttgart: Haus der Geschichte Baden-Württemberg.
  - (2009). „„Ein großes Experiment“. Integration der Heimatvertriebenen im deutschen Südwesten“. In: *IHR und WIR. Integration der Heimatvertriebenen in Baden-Württemberg. Katalog zur Ausstellung*. Stuttgart: Haus der Geschichte Baden-Württemberg, S. 8–15.
- Booms, Hans (1972). *Gesellschaftsordnung und Überlieferungsbildung : Zur Problematik archivischer Quellenbewertung*. Bd. 68. Böhlau, S. 3–40.
- Bundeskonferenz der Kommunalarchive beim Deutschen Städtetag (2009). *Arbeitshilfe Erstellung eines Dokumentationsprofils für Kommunalarchive*. Veröffentlichung auf der Homepage der BKK. URL: [https://www.bundeskonferenz-kommunalarchive.de/empfehlungen/Arbeitshilfe\\_Dokumentationsprofil.pdf](https://www.bundeskonferenz-kommunalarchive.de/empfehlungen/Arbeitshilfe_Dokumentationsprofil.pdf).

- Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (2020). *Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland*. URL: [https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art\\_116.html](https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_116.html) (besucht am 27. 01. 2020).
- Deigendesch, Roland und Peter Müller, Hrsg. (2014). *Archive und Migration : Vorträge des 73. Südwestdeutschen Archivtags am 21. und 22. Juni 2013 in Stuttgart*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Dokumentationszentrum und Museum für die Migration in Deutschland e. V. (2020). Köln. URL: <https://domid.org> (besucht am 27. 01. 2020).
- Dokumentationszentrum und Museum für die Migration in Deutschland e. V. (2020). Köln. URL: <https://domid.org/projekte/das-virtuelle-migrationsmuseum/> (besucht am 27. 01. 2020).
- Ernst, Albrecht (2008). “Überlieferungsbildung bei personenbezogenen Unterlagen : Arbeitsauftrag und Ziele”. In: *Archivar : Zeitschrift für Archivwesen*. Bd. 61. Düsseldorf: Landesarchiv Nordrhein-Westfalen und VdA, Verband Deutscher Archivarinnen und Archivare e.V., S. 275–278.
- Grosser, Thomas (2006). *Die Integration der Heimatvertriebenen in Württemberg-Baden (1945-1961)*. Bd. 158. Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg. Stuttgart: Kohlhammer.
- Haus des Dokumentarfilms (2020). „*Gastarbeiter*“- *Es wurden Arbeiter gerufen, doch es kamen Menschen*. Stuttgart. URL: <https://www.daheiminderfremde.de/gastarbeiter/gastarbeiter/> (besucht am 27. 01. 2020).
- Kostner, Sandra (2014). “Partizipation durch Diversitätsforschung : Öffnung kultureller Einrichtungen für bislang unterrepräsentierte Gruppen”. In: *Archive und Migration : Vorträge des 73. Südwestdeutschen Archivtags am 21. und 22. Juni 2013 in Stuttgart*. Stuttgart: Kohlhammer, S. 18–24.
- Land Baden-Württemberg (2020). *Landeskundliches Informationssystem Baden-Württemberg*. URL: <https://www.leo-bw.de> (besucht am 27. 01. 2020).
- Landesarchiv Baden-Württemberg (2020). *Bewertungsmodelle*. URL: <https://www.landesarchiv-bw.de/web/47076> (besucht am 27. 01. 2020).
- Landesarchiv Baden-Württemberg (2020a). *Inventar französische Besatzungszeit*. URL: [https://www2.landesarchiv-bw.de/ofs21/inventar/startbild.php?inventar=franz\\_besatzungszeit](https://www2.landesarchiv-bw.de/ofs21/inventar/startbild.php?inventar=franz_besatzungszeit).

- Landesarchiv Baden-Württemberg (2020b). *Arbeitsverwaltung*. URL: <https://www.landearchiv-bw.de/web/46711> (besucht am 27. 01. 2020).
- (2020c). *Archivwürdige Unterlagen bei den Arbeitsgerichten*. URL: [https://www.landearchiv-bw.de/sixcms/media.php/120/46767/Behoerden\\_Auswahl\\_Arbeitsgericht.pdf](https://www.landearchiv-bw.de/sixcms/media.php/120/46767/Behoerden_Auswahl_Arbeitsgericht.pdf) (besucht am 27. 01. 2020).
  - (2020d). *Bewertungsmodell für Unterlagen der Schulen*. URL: <https://www.landearchiv-bw.de/sixcms/media.php/120/61908/Bewertungsmodell%20Schulen%202017.pdf> (besucht am 27. 01. 2020).
  - (2020e). *Historischer Wert*. URL: <https://www.landearchiv-bw.de/web/46774> (besucht am 27. 01. 2020).
  - (2020f). *Migration und Flucht - Quellen und Dokumente zum Thema Migration aus dem Landesarchiv*. URL: <https://www.landearchiv-bw.de/web/60592> (besucht am 27. 01. 2020).
  - (2020g). *Rechercheführer Sport*. URL: <https://www.landearchiv-bw.de/web/63939> (besucht am 27. 01. 2020).
  - (2020h). *Vertikale und horizontale Bewertung der Unterlagen der allgemeinen Verwaltung in Baden-Württemberg*. URL: [https://www.landearchiv-bw.de/sixcms/media.php/120/46684/bewertung\\_allg\\_verwaltung.pdf](https://www.landearchiv-bw.de/sixcms/media.php/120/46684/bewertung_allg_verwaltung.pdf) (besucht am 27. 01. 2020).
- Landesarchiv Baden-Württemberg (2020). *Südwestdeutsche Archivalienkunde*. URL: <https://www.leo-bw.de/web/guest/themenmodul/sudwestdeutsche-archivalienkunde> (besucht am 27. 01. 2020).
- Meier-Braun, Karl-Heinz und Reinhold Weber (2009). *Kleine Geschichte der Ein- und Auswanderung in Baden-Württemberg*. Regionalgeschichte - fundiert und kompakt. Leinfelden-Echterdingen: DRW-Verlag.
- (2019). *Ein Koffer voll Hoffnung : das Einwanderungsland Baden-Württemberg*. Tübingen: Silberburg.
- Neukom, Thomas (2014). „Gibt es gute Buchstaben?“. Untersuchung zur Eignung bestimmter Buchstaben für Klumpenstichproben. In: *Archivar : Zeitschrift für Archivwesen*. Bd. 67. Düsseldorf: Landesarchiv Nordrhein-Westfalen und VdA, Verband Deutscher Archivarinnen und Archivare e.V., S. 62–67.

- Oltmer, Jochen (2016). *Enzyklopädie deutscher Geschichte*. 3., aktualisierte und erweiterte Auflage. Bd. Band 86: Migration vom 19. bis zum 21. Jahrhundert. Berlin.
- Regierungspräsidium Karlsruhe (2020). *Die Abteilung des Regierungspräsidiums Karlsruhe*. URL: <https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpk/wir/Seiten/Abteilungen.aspx> (besucht am 27.01.2020).
- Saef, Nasrin (2014). “Das Dokumentationsprofil Migration”. In: *Archive und Migration : Vorträge des 73. Südwestdeutschen Archivtags am 21. und 22. Juni 2013 in Stuttgart*. Stuttgart: Kohlhammer, S. 58–68.
- Stadt Salzburg (2020). *Migrationsarchiv der Stadt Salzburg*. URL: <https://www.stadt-salzburg.at/internet/websites/migration.htm> (besucht am 27.01.2020).
- Sudmann, Stefan (2012). “Überlegungen zur archivspartenübergreifenden Überlieferungsbildung aus nichtamtlichen Unterlagen”. In: *Archivar : Zeitschrift für Archivwesen*. Hrsg. von Landesarchiv Nordrhein-Westfalen und Verband Deutscher Archivarinnen und Archivare e.V. VdA. Bd. 65. Düsseldorf, S. 12–19.
- Treffeisen, Jürgen (Jan. 2015). *Archivübergreifende Überlieferungsbildung in Deutschland : Die vertikale und horizontale Bewertung*. Veröffentlichung auf der Homepage des Forums Bewertung. URL: <http://www.forumbewertung.de/beitraege/1022.pdf>.
- Türkische Gemeinde Baden-Württemberg e.V. (2020). *Mitgliedsvereine*. URL: <https://www.tgbw.de/mitgliedsvereine/> (besucht am 27.01.2020).
- Wiech, Martina (2012). “Überlieferungsprofil für das nichtstaatliche Archivgut im Landesarchiv Nordrhein-Westfalen”. In: *Archivar : Zeitschrift für Archivwesen*. Bd. 64. Düsseldorf: Landesarchiv Nordrhein-Westfalen und VdA, Verband Deutscher Archivarinnen und Archivare e.V., S. 336–341.